Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935
1892

11.5.1892 (No. 106)

Visual Library

Erscheint täglich mit Ausnahme Sonn- und Feiertags und kostet in Karlsruhe in's Haus gebracht vierteljährlich 2 Mk. 60 Pfg. (monatlich 70 Pfg., wenn in der Expedition oder in den Agenturen abgeholt), durch die Post bezogen vierteljährlich 2 Mk. 25 Pfg., mit Bestellgeld 2 Mk. 65 Pfg.

Bestellungen werden jederzeit entgegengenommen.

Badischer Beobachter.

Samstags-Beilage:
Das illustrirte achtseitige Unterhaltungsblatt
„Sterne und Blumen".

Anzeigen: Die sechsspaltige Petitzeile oder deren Raum 12 Pfg., Reklamen 25 Pfg. Bei öfterer Wiederholung entsprechender Rabatt. Inserate nehmen außer der Expedition alle Annoncen-Bureaux an.

Redaktion und Expedition: Akademstraße Nr. 42 in Karlsruhe.

№ 106. Mittwoch, den 11. Mai 1892.

Das direkte Wahlrecht vor der Kommission der Zweiten Kammer.

Bekanntlich haben die Abgg. Muser und Genossen (freisinnig-demokratische Partei) schon vor längerer Zeit einen Antrag eingebracht, welcher bezweckt, die großherzogliche Regierung um Vorlage eines Gesetzentwurfes über Einführung des direkten Wahlrechts für die Zweite Kammer zu ersuchen. Die Centrumspartei hat einen förmlich ausgearbeiteten Gesetzentwurf vorgelegt, welcher ebenfalls das direkte Wahlrecht zur Zweiten Kammer, ferner noch eine Neueintheilung der Wahlbezirke zum Zwecke hat.

Von der nationalliberalen Mehrheit der Kommission wurde anerkannt, daß seit Einführung des direkten allgemeinen Wahlrechts zu den Reichstagswahlen die öffentliche Meinung im Lande sich in ständig steigendem Maße der Einführung der direkten Wahlen zum Landtage zuneige. Auch die Konsequenz wurde nicht bestritten, daß wenn die Reichsverfassung die politische Bildung des Volkes für so weit fortgeschritten erachte, daß sie dem Wähler das Recht der direkten Wahl des Abgeordneten zum Reichstag einräume, die Landesverfassung demselben Wähler das Recht der direkten Wahl zur Zweiten Kammer der Landstände nicht wohl auf die Dauer versagen könne. Weiter wurde in der Kommission die Behauptung der Anhänger des direkten Wahlrechtes als richtig anerkannt, daß die indirekte allgemeine Wahl möglicher Weise zu der Anomalie führen könne, daß der Abgeordnete nicht der Vertrauensmann der großen Masse der Wähler des Bezirks, sondern nur der einer Minderheit sei. Ueberhaupt wurde von der Mehrheit der Kommission anerkannt, daß sich die Gründe für Einführung des direkten Wahlrechts zum Landtag stets mehrten; allein das direkte allgemeine Wahlrecht berge mancherlei Gefahren für die gedeihliche Entwickelung unseres Volkslebens in sich (aha!); insbesondere sei es der Gefahr des Mißbrauchs ausgesetzt und dagegen müsse die Verfassung Kautelen gewähren. Die Erste Kammer könne dazu nicht als genügend betrachtet werden; andauernde, ernste Konflikte zwischen der Ersten und Zweiten Kammer wären fast unvermeidlich. Als Gegengewicht für die Konzessionen des direkten Wahlrechts sei deshalb eine Gesammtrevision der Verfassung geboten, durch welche „wirksame Garantien gegen die Gefahren des direkten Wahlrechts" geschaffen werden. Der Fieser'sche Kommissionsbericht sagt dann weiter:

„Als eine solche Garantie ist vor Allem eine Reform der Ersten Kammer in's Auge zu fassen. Schon unter der Herrschaft des jetzigen Wahlsystems ist die Frage der Reorganisation der Ersten Kammer von beiden Häusern des Landtags, ernsten und ausführlichen Erörterungen unterzogen worden. Obwohl in mehreren wichtigen Beziehungen Einigkeit in beiden Kammern herrschte, haben die aus der Initiative der Volksvertretung hervorgegangenen Bestrebungen auf Reorganisation der Ersten Kammer nicht zur Erfüllung geführt. Die Zusammensetzung der Zweiten Kammer aus Vertretern der Städte und der Aemter mit einem gewissen Vorrechte der Städte in Verbindung mit dem indirekten Wahlrecht zur Zweiten Kammer haben die Reform der Ersten Kammer nicht als dringliche erscheinen lassen, da die Interessen des Großgrundbesitzes, der Großindustrie und des größeren beweglichen Kapitals, sowie die wirthschaftlichen Interessen der großen Städte in der Art der Zusammensetzung und der Wahl der Zweiten Kammer in dieser die ihnen gebührende Würdigung fanden. Die Einführung des direkten allgemeinen Wahlrechts, welche nach den gestellten Anträgen zugleich die Beseitigung der derzeitigen Wahlkreiseintheilung erstreckt und damit das den Städten eingeräumte Vorrecht beseitigt und die Wahlkreiseintheilung lediglich auf die Zahl der Wahlberechtigten gründet, legt auch, abgesehen von der Gefahr des Mißbrauchs der Wahl durch demagogische Wahlbeeinflussung, schon durch die Thatsache, daß nur die Zahl der Wahlberechtigten ohne jede Rücksicht auf die Bedeutung der Interessen, die sie vertreten, die Entscheidung gibt, die Gefahr nahe, daß wichtige, entscheidende und berechtigte Interessen und erhebliche, für die Volkswohlfahrt auch bedeutende Minderheiten nicht mehr die ihnen gebührenden Rücksichten finden werden. Die derzeitige Zusammensetzung der Ersten Kammer gewährt diesen Interessen eine Vertretung an sich nicht. Der unerläuterliche Großgrundbesitz hat zwar in den Häusern der standesherrlichen Familien und durch das Wahlrecht der Grundherren, soweit diese zu den Großgrundbesitzern gehören, eine ständische Vertretung. Allein abgesehen davon, daß das Wahlrecht der Grundherren nicht auf der Größe ihres Grundbesitzes, sondern wie das Recht der Mitgliedschaft der Standesherren wesentlich nur auf historischen Grundlagen beruht, sind die Besitzer des unläuterlichen Großgrundbesitzes als solche nicht wählbar. Die Großindustrie, das Großkapital und die größeren Städte, welch' letztere als Mittelpunkt des höheren Kulturlebens im Interesse der Volkswohlfahrt bei Bildung der Volksvertretung Berücksichtigung beanspruchen können, haben an sich daselbst ebenfalls kein Vertretungsrecht. Soll die Zusammensetzung der Zweiten Kammer einer radikalen Aenderung unterzogen werden, so muß im Interesse der Erhaltung der Grundlagen unserer Verfassung als Gegengewicht der andere wesentliche Faktor der Gesetzgebung, die Erste Kammer einer Reform entgegengeführt werden, die das Gleichgewicht der 3 Faktoren der Gesetzgebung enthält und erscheint dies bei Einführung der direkten Wahl zur Zweiten Kammer um so mehr geboten, als schon jetzt die Art der Zusammensetzung der Ersten Kammer und die Zahl der Mitglieder derselben außer Verhältniß zu der Zweiten Kammer steht, ganz abgesehen davon, daß dieselbe in ihren Sitzungen immer in einer solchen Zahl versammelt zu sein pflegt, daß die ernannten Mitglieder derselben eine ganz entscheidende Zahl bilden und daß die Beschlußfähigkeit des anderen hohen Hauses auf die Zahl von 10 herabgesetzt werden mußte.

„Es ist nicht die Ansicht der Majorität der Kommission, daß die erste Kammer als Hemmschuh gegen die Beschlüsse der zweiten Kammer zu betrachten sei. Die erste Kammer steht nicht nothwendig im Gegensatz zur zweiten Kammer. Sie soll mäßigend, vermittelnd aber unter Umständen auch ergänzend, berichtigend und fördernd auf den Gang der Gesetzgebung wirken. Soll sie dies erfolgreich jener aus direkten allgemeinen Wahlen hervorgegangenen Vertretung gegenüber thun können, so muß sie nach ihrer Zusammensetzung in den realen Verhältnissen der gesellschaftlichen Zustände tiefe und starke Wurzeln haben.

„Als ein weiterer Gegenstand ernster Erwägung erschien der Majorität die Frage, ob und in welchem Umfange der reorganisirten ersten Kammer ein größerer Antheil an dem Budgetrecht zuzuweisen sei. Schon mit der Vermehrung der Zahl der Mitglieder des andern Hauses wird eine Erweiterung des seitherigen Budgetrechts der ersten Kammer verbunden sein, da schon durch eine Vermehrung der Zahl der Mitglieder der ersten Kammer das ihr nach § 61 der Verfassung zustehende Recht wirksamer gestaltet wird und eine gleichzeitige Vermehrung der Zahl der Mitglieder der zweiten Kammer schon durch die Rücksicht ausgeschlossen wird, daß wir jetzt, nachdem ein großer Theil der Gesetzgebungsrechte auf das Reich übergegangen ist, unsere Volksvertretung über das Maaß des durch die Wahlreform bedingten Bedürfnisses hinaus, nicht wohl vermehren können . . . ."

Des Weiteren führt der Kommissionsbericht aus, daß das Centrum auch nach Einführung der direkten Wahl an der Art der Ernennung der zweiten Kammer nichts geändert haben will, während alle andern Mitglieder der Kommission, sowohl die nationalliberalen als die demokratischen und der socialdemokratische Vertreter übereinstimmend der Ansicht sind, daß bei der viel intensiveren Agitation, welche die direkte Wahl im Gefolge hat und das mit einer gewissen innern logischen Konsequenz und Nothwendigkeit, wenn der richtige Volkswille bei der Wahl zum Ausdruck kommen soll, eine Totalerneuerung der Volksvertretung an Stelle der Partialerneuerung in die Verfassung aufgenommen werden müsse. Bezüglich der Stichwahlen halten demokratisch-freisinnige und Centrumspartei an der absoluten Mehrheit fest, während die nationalliberale und socialdemokratische Partei relative Stimmenmehrheit eingeführt haben wollen. Die Kommission hat jedoch den Initiativantrag des Centrums nicht abgeändert bezw. „verbessert", sondern sie gelangt zu folgenden Anträgen:

„In Erwägung, daß der Initiativantrag der Abgeordneten Birkenmayer und Genossen nach seinem Wortlaut und daß der Antrag der Abgeordneten Muser und Genossen nach der Erklärung des Antragstellers in der Kommission, eine Revision der Verfassung nur bezüglich der Wahlen zur Zweiten Kammer und beziehungsweise der Wahlkreiseintheilung in's Auge fassen; in Erwägung, daß aber bei Einführung direkter Wahlen zur Zweiten Kammer und einer damit verbundenen Aenderung der Wahlkreiseintheilung eine Gesammtrevision der Verfassung nothwendig erscheint; in Erwägung, daß der bei Vorlage des Initiativantrags der Abgeordneten Birkenmayer und Genossen angekündigte, nach dem Inhalte des Initiativantrags mit diesem in untrennbarem Zusammenhang stehende weitere Gesetzentwurf über die Neueintheilung der Wahlkreise für die Wahl der Abgeordneten zur Zweiten Kammer bis jetzt nicht eingebracht ist und bei dem vorgerückten Stadium der Landtagsverhandlungen nicht mehr in beiden Kammern berathen werden könnte, ein Eingehen auf die Einzelberathung des eingereichten Gesetzvorschlags daher zwecklos erscheint, wird der Antrag gestellt: 1) Die Anträge der Abgeordneten Birkenmayer und Genossen und der Abgeordneten Muser und Genossen abzulehnen, 2) auszusprechen, daß die Zweite Kammer mit der Aenderung des Wahlsystems durch Einführung der direkten Wahlen einverstanden sei, daß sie aber für den Fall der Einführung dieses Wahlsystems eine Gesammtrevision der Verfassung für nothwendig erachte, 3) die Großh. Regierung zu ersuchen, dem Landtage einen Gesetzentwurf auf Abänderung der Verfassung in diesem Sinne vorzulegen.

□ Die Frage der Schulreform im badischen Landtage.

II.

Als weiterer beachtenswerther Punkt der preußischen Schulreform ist früher bezeichnet worden: „Hervorhebung und stärkere Betonung der nationalen und modernen Bildungsstoffe im Gymnasiallehrplan, besonders in den Fächern Deutsch und Geschichte, womit eine Ermäßigung in der Stundenzahl und den Anforderungen in den alten Sprachen verbunden ist." Auch diese Forderung ist bei den bezüglichen Landtagsverhandlungen von verschiedenen Seiten in erfreulicher Weise unterstützt worden, während anderseits mehrere Redner, wie namentlich der Abgeordnete Dr. Heimburger, in den bekannten Schlag- und Stichwörtern der Altphilologen sich befangen zeigten. Daß aber vorurtheilsfreiere badische Schulmänner, die sich auf viel längere Erfahrungen berufen können, als der ebengenannte Herr, von der jetzigen Eintheilung des geschichtlichen Lehrstoffes weniger entzückt sind, beweist unter anderm das Votum des Gymnasialdirektors Frühe-Baden, welcher noch an der letzten Direktorenkonferenz (1886) sich dahin äußerte, daß in den Gymnasien zu viel Zeit auf alte Geschichte verwendet werde, daß nach seinen Erfahrungen keine zwei volle Jahre nöthig seien (mit dem Unterkurs in Quarta sind es bis jetzt übrigens deren drei) zur Erlernung dieses Stoffes. Ebenso hat der damalige Korreferent (Direktor Haug-Mannheim) sich dahin ausgesprochen, „daß die gegenwärtige Vertheilung des geschichtlichen Unterrichts für einen guten Theil der Schüler so unpraktisch als möglich ist."

Man will aber von ebengenannter Seite diese Neuerung mit der Begründung abweisen, daß das Einjährigenzeugniß sonst schon einen sehr nachtheiligen Einfluß auf unser Schulwesen ausübe, und daß man denselben nicht noch vermehren solle. Nun hat ja die preußische Regierung gerade verschiedene Maßregeln vorgeschlagen und ergriffen, um jenen Schäden entgegenzuwirken, unter welchen doch einer der bedeutendsten eben der ist, daß die vielen Schüler, die aus Untersekunda abgehen, besonders in der Geschichte einen recht ungeeigneten, unvollständigen Bildungsgang haben: die Neuordnung würde also die Nachtheile nicht vermehren, sondern wesentlich vermindern. Was für pädagogische Gründe sonst gegen diese Einrichtung sprechen sollten, ist nicht recht ersichtlich; denn man wird doch zugeben, daß ein Schüler in jenem Alter ebenso gut die elementare Behandlung der neuen und neuesten Geschichte verstehen wird, als eine ganz eingehende Durchnahme der griechischen Geschichte. Von einem freieren Standpunkt aus, welcher in Erwägung zieht, daß ja sonst schon der Gymnasialunterricht immer wieder das Alterthum, seine Kultur, Literatur und Geschichte zur Behandlung bringt, wird man anerkennen müssen, daß die Neuordnung mithin nicht blos für die mit dem Freiwilligenschein austretenden Schüler, sondern auch für die zurückbleibenden ein Vortheil und eine Wohlthat sein wird.

Diese Ergänzungen sind nun offenbar in den maßgebenden Kreisen schon so allgemein anerkannt, daß auch in dem für das Gymnasialwesen sonst so konservativen Württemberg eine Neuvertheilung des geschichtlichen Lehrstoffes in ähnlicher Weise vorgenommen worden ist: nach dem Berichte eines Fachmannes (im Pädagog. Wochenblatt) ist nun fast die ganze Geschichte des Alterthums (nämlich bis 44 v. Chr.), im Oberkurs in einem Jahre — mit nur 2 Wochenstunden, während

---

Im Banne geheimer Mächte.

38) Originalroman von Adolphe Belot.

(Nachdruck verboten.)

(Fortsetzung.)

„Gewiß, Herr Kommandant," sagte Bérard. „Doch man wird vielleicht weniger hart strafen, man wird vielleicht einen Theil der Strafe sogar auf andere Schultern übertragen müssen, wenn man gehört haben wird, was zu sagen mich mein Gewissen, mein Rechtsgefühl und meine Theilnahme für den Unglücklichen treibt."

Der Kapitän, von Bérard's Ton und Worten abermals eigenthümlich bewegt, warf auf's Neue einen nachdenklichen, wohlwollenden Blick auf ihn. „Ich will Ihre Mittheilung nicht ablehnen," sagte er, unwillkürlich höflicher als bisher. „Fahren Sie fort!"

Bérard, dessen Vortrag allmälig ein freierer, wärmerer wurde, dessen Stimme vor innerster Erregung bebte, theilte dem Kapitän mit, was sich während der Freistunde der Sträflinge zwischen Fortier und Robin in dem unteren Raum zugetragen.

Der Kommandant hörte ihm aufmerksam zu. In seinem Mienen zuckte es zeweilig drohend, seine Stirne runzelte sich, er schien Mühe zu haben, seine äußere, zurückhaltende Ruhe vor den Augen des Erzählenden zu bewahren.

„Sie sind von der Wahrheit dessen überzeugt, was Sie mir da mittheilen?" fragte er mit forschendem Blick, nachdem Bérard geendet.

„So überzeugt wie von der Wirklichkeit meines Daseins in diesem Moment!" versetzte Bérard fest.

„Sie haben nichts von dem Vorfall selbst gesehen," mahnte der Kommandant.

„Nein, mein Herr. Indeß hatte Fortier keine Ursache, mich zu täuschen. Er sah in mir nichts als den Geführten, dem er sich erschloß; er weiß, daß ihn das Kriegsgericht zum Tode verurtheilen muß, daß er vor seinem Ende steht, und sprach zu mir wie Jemand, der, zum Sterben bereit, sein Herz durch eine letzte Mittheilung erleichtert."

„Konnte er Sie nicht dadurch zu dem Schritt, den Sie bei mir gethan, bestimmen wollen?"

„Fortier ahnt nichts von dem Schritt, den ich ihm verschwiegen, um dem Unglücklichen nicht Hoffnungen zu erwecken, die ich selbst nicht zu hegen wage. Ich weiß, daß sein Schicksal nicht in Ihren Händen, sondern in denen des Kriegsgerichts liegt, das ich nimmermehr zu überzeugen hoffen dürfte, auch wenn es mir gelingt, in Ihrem gütigen Herzen Glauben an meine Mittheilung zu erwecken. Was ich gethan, that ich um der Wahrheit, der höheren Gerechtigkeit willen, ohne Hoffnung, damit auch auf die menschliche Gerechtigkeit einzuwirken. Für diese, ich weiß es, kann meine Mittheilung dessen, was ich nur aus Fortier's Munde kenne, so wenig maßgebend sein, wie die Aussage des einzigen Zeugen, der das Gesagte bestätigen könnte, doch ein rechtloser, eines gültigen Zeugnisses unfähiger Verurtheilter ist. Dennoch durfte ich das Vernommene nicht unausgesprochen lassen —"

„Ein Zeuge?" unterbrach ihn der Kommandant. „Wer ist es?"

„Ein Sträfling, der, gleich Fortier, von der Freistunde ausgeschlossen, sich in einer nahen anderen Zelle befand und der Unterredung lauschte, ohne von den beiden Betheiligten gesehen zu werden. Er ist alö Mann, der alle bürgerlichen Rechte eingebüßt hat, zu einem Zeugniß nicht berufen —"

„Darüber haben wir Beide nicht zu urtheilen," unterbrach ihn der Kommandant fast barsch. „Es liegt der Entscheidung des Kriegsgerichts ob, welche Bedeutung es dem Zeugniß beimessen will, wenn dasselbe vielleicht mit anderen Umständen übereinstimmt, die . . . Doch genug! Ich werde, was Sie mir mitgetheilt, im Auge zu behalten wissen. Kehren Sie in Ihre Zelle zurück."

7. Kapitel.

Es folgte eine Reihe von Vernehmungen durch den Kapitän, die man bei einem nicht außerordentlichen Gerichtsverfahren, wie dasjenige des Kriegsgerichtes, eine Voruntersuchung genannt haben würde. Mehrere Kollegen Robin's wurden vernommen, dann die Gefangenen, die während des Spazierganges der übrigen im Zwischendeck zurückgeblieben, sowie diejenigen Beiden, welche sich in entfernteren Zellen befunden, wie jener Einzelne, der, später um Hilfe rufend, sich anfangs während der Unterredung in seinem nahe gelegenen Zwinger versteckt gehalten hatte, um zu lauschen.

Gegen Mittag trat das Kriegsgericht zusammen, dem der Fregattenkapitän, der als Höchstkommandirender Vorsitzender desselben war, die Ergebnisse seiner Ermittelungen vorlegte.

Dieselben waren nicht unwesentlicher Natur. Die Aussagen der Unterbeamten und Kollegen Robin's, welche dieselben vor dem Gerichte wiederholen und beeidigen mußten, thaten dar, daß Robin in der That von Anbeginn her von einem persönlichen Haß gegen Fortier beseelt gewesen und dies, wie sich jetzt zu seinem Nachtheil herausstellte, zu verhehlen auch gar nicht bemüht war. Ebenso wurde festgestellt, daß Fortier's Ausschließung von der gestrigen Freistunde thatsächlich ohne jeden Grund erfolgte und dies bei den Aufsehern selbst schon die Vermuthung erregt hatte, daß Robin darauf ausgehe, mit dem von ihm gehaßten Gefangenen zur Ausübung irgend einer scharfen Maßregelung einige Zeit allein zu sein, — eine Vermuthung, die darin gefunden wurde, daß Robin auch einige noch im Zwischendeck weilende Aufseher hinweg beorderte. Man war unter den Beamten im Voraus der Meinung, daß Robin die Absicht hege, es Fortier einmal tüchtig „heimzugeben", und Niemand von ihnen überraschte es, daß schließlich Lärm im Zwischendeck von einer zwischen Beiden vorgefallenen heftigen Scene meldete.

Wie hierdurch der Verdacht auf's Höchste gesteigert wurde, daß das Ganze vom Robin provocirt und ein angelegter Plan desselben gewesen, so schloß sich das Kriegsgericht der Ansicht seines Vorsitzenden an, unter diesen Umständen zur möglichst näheren Ermittelung des Geschehenen die Aussage der zugegen gewesenen Sträflinge zu hören. Konnte diese Aussage allein für sich genommen auch nicht als ein vollgültiges Zeugniß betrachtet werden, so stand doch andererseits nach Lage der Dinge Robin's Zeugniß gleichfalls nicht mehr als ein unangezweifeltes da. Es kam jetzt darauf an, zu Gunsten welches von beiden Zeugnissen in den Augen des Kriegsgerichts die Gesammtheit der Umstände entscheiden würde.

Die Aussage der Gefangenen bestätigte auf's Vollständigste das von Bérard Mitgetheilte: diejenige der entfernter befindlichen Beiden, die sichtbaren Vorgänge sowie die lauter gesprochenen Worte, die zu ihnen gedrungen, diejenige des nahe und verborgen gewesenen Sträflings, jede Einzelheit, die Bérard angegeben. Eine Vernehmung der diensthabenden Wächter ergab, daß eine Verständigung der Gefangenen mit einander, da dieselben nach dem Vorfalle zur Strafe für den ganzen Theil des Zwischendecks unter verschärfter Wachsamkeit gestanden, nicht stattgefunden haben konnte, die trotzdem obwaltende genaue Uebereinstimmung ihrer Aussagen mußte also entschieden für das Interesse derselben sprechen.

Den überzeugendsten Beweis für die Sache gab jedoch, ohne es zu ahnen, Fortier selbst, den man erst nach Vernehmung dieser verschiedenen Zeugen vorführte. Fortier, der sich verloren gab und der voll Verzweiflung über das Scheitern von Marcelle's Plan, auf den er seine letzte ganze Lebenshoffnung gesetzt, den Tod suchte, legte in heißem leidenschaftlichen Trotz gegen sein Schicksal ein lautes, wutherfülltes Geständniß ab, daß es seine Absicht gewesen, Robin zu tödten, und daß er tausendfach bedauere, sein Vorhaben unglückt zu sehen, weil er im Wahnsinn des nicht mehr überlegenden Zornes den Oberwächter gegen das Gitter des gegenüberstehenden Zwingers geschleudert, um ihn daran zu zerschmettern, statt ihn an sich zu reißen, um ihn zu erwürgen. Robin habe durch Vereitelung des edlen Planes Marcelles sein, Fortier's Leben mehr vernichtet, als selbst die Verurtheilung zur Zwangsarbeit es gethan, und sein Wille, noch zu leben, sei mit dem Moment auf immer geschwunden, wo er die Gewißheit erlangt, daß er Marcelle Hébert nicht wiederfinden werde.

Bewies dies Fortier's Absicht in dem Moment grenzenloser Wuth und Verzweiflung, Robin zu tödten, so bewies es doch auch seinen vollen Glauben an dessen Mittheilungen und bewies zugleich den Schurkenstreich Robin's, durch welchen dieser das Ganze provocirt, durch Mißbrauch seiner Stellung und indem er in verdammenswerther Weise den Gefangenen zu einem Gewaltakt künstlich verleitet hatte. Denn was er Fortier mitgetheilt, erwies sich als Lüge, als böswillig aus der Luft gegriffen: es ergab sich aus den Papieren Fortier's, welche im Besitz des Kapitäns den Transport begleiteten, daß Marcelles Gesuch um Uebersiedelung nach Neu-Caledonien nicht abgeschlagen, sondern bewilligt war, die Instruktion hinsichtlich des Verurtheilten dahin lautete, daß demselben, sobald er seine Freilassung auf Konzession erlangt haben werde, die Verbindung mit der von Regierungs wegen nach der Kolonie gesandten und im dortigen Frauenkloster internirten Marcelle Hébert zu gestatten sei. (Fortsetzung folgt.)

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

es in Preußen deren 3 sind — zu behandeln. Der genannte Schulmann macht dazu noch besonders die Bemerkung, daß man vielleicht früher, da man der alten Geschichte zwei volle Jahre einräumte, zu weit gegangen sei; jetzt aber verfalle man in das entgegengesetzte Extrem; daß nur zwei Wochenstunden für einen einjährigen Kurs zu wenig sind, das ist gewiß richtig. Jedenfalls hat der freisinnige Abgeordnete Heimburger mit der Vertheidigung der alten Einrichtung diesmal nicht die Sache des Fortschrittes vertreten und nach den Zeitungsberichten ermangelt sein Standpunkt fast vollständig der sachlichen Begründung. Beruhigend ist übrigens in diesem und in anderen Punkten die Zusicherung des Vertreters der Regierung, daß „die Unterrichtsverwaltung sicherlich die mit den neuen Lehrplänen in anderen Staaten gemachten Erfahrungen sorgsam beachten und ausnützen werde." Es ist das eine wohl gerechtfertigte Würdigung der Reformbestrebungen und es wird sich so die richtige Lösung auch dieser Frage in kurzer Frist von selbst finden.

Deutschland.

Berlin, 9. Mai.

Der „Reichsanzeiger" schreibt: Die Angaben der Ahlwardt'schen Broschüre („neue Enthüllungen über Judenflinten") sind geeignet, ganz falsche Vorstellungen über die Beschaffenheit eines großen Theils unserer Infanteriebewaffnung zu erzeugen. Der „Reichsanzeiger" theilt dann mit, das Laufmaterial, wovon wesentlich die Kriegsbrauchbarkeit der Waffe abhänge, sei der Kommanditgesellschaft Löwe von der königlichen Gewehrfabrik in Spandau geliefert worden. Bisher, nach 1½jährigem Gebrauch, haben die Waffen besondere Mängel nicht gezeigt. Die Firma hat kontraktmäßig Mitte Januar dieses Jahres die letzten Gewehre abgeliefert und kann bei dem Gewehrpreis von 58 Mk. höchstens vier Mark an jedem Gewehr verdient haben, nicht dreißig, wie Ahlwardt behauptet. Gegen die von Ahlwardt angeschuldigten Militärpersonen ist die gerichtliche Untersuchung eingeleitet worden. Dem Staatsanwalt ist anheimgestellt worden, die erforderlichen Schritte zu thun.

— Der nunmehr vorliegende Bericht über die Sitzung der Berliner Stadtverordnetenversammlung, in der das Schloßplatzprojekt zur Sprache kam, bietet kein weiteres erhebliches Interesse. Oberverwaltungsgerichtsrath Kunze hat nach den Erklärungen vom Magistratstische der Stadtverwaltung den Antrag unterbreitet, er sei in der Lage, wenn die Stadtgemeinde auf Grund des Gesetzes über die Gestaltung der Straßen und Plätze die Gebäude zwischen der Breiten Straße und der Kurfürstenbrücke zur Beseitigung erwerben würde, zu den Kosten dieses Unternehmens einen Beitrag von 1½ Millionen in Aussicht zu stellen. Er habe ferner erklärt, daß dieser Betrag nicht im Wege einer Lotterie beschafft werden solle. Der Magistrat habe nunmehr geglaubt, dem Projekte nicht mehr ablehnend gegenüberstehen zu sollen. Er hat beschlossen, die Baudeputation zu beauftragen, ein Projekt für die Regulirung des Schloßplatzes nach dem vorhin entwickelten Gedanken aufzustellen und Verhandlungen darüber, wie dies durchzuführen sei, einzuleiten. Von dem weiteren Gang dieser eben erst begonnenen Verhandlungen, über die der Magistratsvertreter weitere Mittheilungen nicht machen zu können erklärte und den daraus begründeten Beschlüssen des Magistrats wird es abhängen, ob die Stadtverordneten mit dem Projekt überhaupt befaßt werden oder nicht. Oberverwaltungsgerichtsrath Kunze veröffentlicht nun in der „Kreuzzeitung" ein Schreiben an den Stadtverordneten und Abgeordneten Meyer, in dem er erklärt, daß er im Auftrage des Kaisers mit der Stadt wegen Anlegung von Schloßterassen in Verhandlung stehe. Zu den persönlichen Angriffen gegen ihn bemerkt Herr Kunze: „Was die gegen mich seit längerer Zeit ausgestreuten Verleumdungen betrifft, so bestreite ich, daß ich nach meiner Vergangenheit und Stellung genöthigt bin, mich überhaupt zu rechtfertigen. Aber da ich weiß, wie die öffentliche Meinung gemacht wird, so gebe ich Ihnen die feierliche, ehrenwörtliche Erklärung ab, daß weder ich noch meine Familie, weder direkt noch indirekt irgend einen materiellen Vortheil aus der Lotterie gezogen haben oder haben ziehen wollen. Ich habe die Kosten für das Unternehmen in den Jahren 1888 und 1889 aus meiner Tasche bezahlt und die Wiedererstattung der mehrere Hundert Mark betragenden Kosten aus dem Fonds des Komitees abgelehnt und trage auch heute noch alle persönlichen Kosten (Droschken, Eisenbahn u. s. w.) selbst, der Komiteefonds liefert nur Papier und Porto." Der Abgeordnete Meyer wird in dem Schreiben aufgefordert, in der nächsten Stadtverordnetensitzung eine unzweideutige Erklärung darüber abzugeben, wessen materielle Interessen er bei seinen Ausführungen gemeint und wer die angeblichen Provisionen eingestrichen habe. Nun wird ja allmälig Klarheit in die verwickelte Angelegenheit kommen und man darf annehmen, daß namentlich im Abgeordnetenhause vom Regierungstische aus mit aller Offenheit vorgegangen werden wird. Jedenfalls ist schon so viel gewiß, daß von einem Lotterieprojekt nicht mehr ernstlich die Rede sein kann.

— Im preußischen Abgeordnetenhaus begründet Abg. Richter seinen Antrag wegen der Schloßlotterie. Minister v. Bötticher erklärt, es sei eine kaiserliche Ordre ergangen, nach welcher die vom Abg. Richter getadelten Projekte ausgeschlossen seien. Minister Herrfurth erklärt, ihm sei weder amtlich noch nichtamtlich ein Lotterieprojekt zur Genehmigung zugegangen. Daraufhin erklärt sich Abg. Richter für befriedigt und zieht seinen Antrag zurück. Auf den Antrag des Abg. Richter wegen der Vorlegung der Ergebnisse der neuen Einkommensteuer sagt Finanzminister Miquel die Veröffentlichung zu.

Großstrelitz, 9. Mai. (Amtlich.) Bei der Reichstagsersatzwahl am 5. d. M. im Wahlkreis Kosel-Großstrelitz wurde der Centrumskandidat Rechtsanwalt Stefan mit 10,716 von 10,832 abgegebenen gültigen Stimmen gewählt.

Bochum, 9. Mai. Die Nachrichten über die formelle Eröffnung der Voruntersuchung gegen Kommerzienrath Baare wegen Meineids werden bestätigt und die Zeugenvernehmung hat begonnen. Die betreffenden Vorladungen tragen das Rubrum: In der Strafsache gegen Baare ohne Inhaltsangabe. Die Frage nach wissentlichem oder fahrlässigem Meineid ist offen gelassen.

Ausland.

Wien, 9. Mai. Die gemeinsamen Ministerkonferenzen dauerten von 11 Uhr Vormittags bis halb 6 Uhr Nachmittags. Gegenstand derselben war das gemeinsame Kriegsbudget.

Nach der „Budapester Korrespondenz" sollen die Mehrforderungen des Kriegsbudgets etwa 4 Millionen betragen; eine Million für Preiserhöhung der Naturalien, drei Millionen für die erst zum kleinsten Theil ausgeführte Erhöhung der Cadres. Der Zeitpunkt für die Einberufung der Delegationen wurde nicht festgestellt, da derselbe von der Erledigung der Währungsvorlagen durch das Parlament abhängig ist.

Die Zollverhandlungen mit Amerika, nach denen Oesterreich eine gleiche Behandlung bei den amerikanischen Zollämtern erfährt wie Deutschland, sind abgeschlossen. Der Austausch der Erklärungen beider Staaten erfolgt in den nächsten Tagen.

Pest, 9. Mai. Minister Baroß ist soeben gestorben.

(Gabriel Baroß, Edler v. Belus, war am 6. Juni 1848 in Prusgina, im Trentschiner Komitat, geboren. 1875 wurde er in den Reichstag gewählt; seit 1884 vertrat er die Stadt Raab. 1882 wurde er zum Staatssekretär im Kommunikations-Ministerium ernannt. Nach dem Rücktritt Kémeny's übernahm Baroß das Ministerium für öffentliche Arbeiten und Kommunikationswesen, 1890 auch das des Handels. Er hat den Zonentarif auf den ungarischen Staatsbahnen eingeführt.)

Im Abgeordnetenhause herrschte große Aufregung und tiefe Theilnahme über den Tod des Handelsminister Baroß. Die Sitzung wurde suspendirt. Nach Wiederaufnahme der Sitzung widmete der Präsident dem Verstorbenen einen sehr innigen Nachruf. Die Führer der verschiedenen Parteien, Apponyi, Thaly Liß, Koloman Tisza, Madarasz und Minister Szilagyi würdigten die Verdienste des Verblichenen. Die Sitzung wurde zum Zeichen der Trauer bis morgen vertagt. Ueber die Leichenfeier wird die Entscheidung morgen getroffen. Die Nachricht rief überall Bestürzung hervor. Zahllose Privatgebäude hißten Trauerfahnen.

Nach einer authentischen Meldung aus Nagybanya handelt es sich bei der Explosion in Beresvicz nicht um ein Attentat, da das Dynamit sich 15 Meter von der Wohnung der Bergbeamten entzündet hat, ohne Schaden anzurichten. Dagegen wurde das Haus des Kreisnotars Popp in Alsofenczel am 6. Mai Nachts vorsätzlich zerstört, weil der früher suspendirt gewesene mißliebige Beamte wieder eingesetzt worden ist.

Paris, 9. Mai. Die Stichwahlen für die Gemeindewahlen vervollständigten den Erfolg der Republikaner, welche in den meisten Hauptorten gewählt wurden. Radikale und Socialisten wurden in Marseille und in Toulouse gewählt; in Roubaix siegte die ganze socialistische Liste, dagegen wurde sie in Fourmies geschlagen. Die Ordnung wurde nur in St. Jean (Aude) gestört, wo im Momente des Wahlschlusses ein Tumult entstand, wobei fünfzig Personen, aber nur leicht verwundet wurden. Die Wahlurne wurde weggenommen.

Lüttich, 9. Mai. Die Geistlichkeit verlegte wegen angedrohter socialistischer Kundgebungen die auf gestern angesagte Prozession nach der Kathedrale auf den 22. Mai. Die Socialisten beschlossen hierauf gleichfalls, ihre Kundgebung auf den 22. Mai zu verschieben.

Petersburg, 9. Mai. Gutem Vernehmen nach erfolgt die Publikation in Betreff der Aufhebung des Hafer- und Maisausfuhrverbots am nächsten Freitag, diejenige betreffend die Aufhebung des Weizenausfuhrverbots um Mitte dieses Monats.

Rom, 6. Mai. Es wird jetzt von einem Kabinet Saracco gesprochen. Saracco selbst, der Senator ist, hat in einer Unterredung mit hiesigen Journalisten eine Art Programm gegeben: 1. Unbedingte Sicherstellung des Landes durch eine entsprechende Armee; 2. Einführung einer bestimmten Ausgabeposition für die Armee, ähnlich dem deutschen Septennat; 3. Einführung einer Steuer auf einen allgemeinen Konsumartikel.

Die „Agenzia Stefani" erfährt, der am 7. April d. J. zum Botschafter in Berlin ernannte Senator Graf Taverna hätte in Folge der eingetretenen Ministerkrisis um Wiederenthebung von dem ihm übertragenen Posten gebeten. Der König habe das Entlassungsgesuch genehmigt.

Lissabon, 9. Mai. Laut Meldung der „Times" aus Oporto wurde in Folge von Ruhestörungen der Studenten seitens der Regierung die Schließung der Universität Coimbra angeordnet, und außerdem verfügt, daß die nicht ansässigen Studenten binnen 24 Stunden die Stadt verlassen müssen.

Washington, 9. Mai. Auf Anregung Blaine's erörterte der Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten die Frage der Annexion der Sandwichinseln und sprach sich günstig dafür aus.

Baden.

Karlsruhe, 9. Mai. Heute Vormittag empfing Seine Königliche Hoheit der Großherzog den Staatsminister Dr. Turban zu längerem Vortrag, ertheilte dem Kammerherrn Freiherrn Sigmund v. Gemmingen eine Privataudienz und nahm dann die Meldung mehrerer Offiziere und Militärbeamten entgegen. Hierauf ertheilte Seine Königliche Hoheit Audienz: dem außerordentlichen Professor Dr. Seng an der Universität Heidelberg, dem Amtsrichter Merkel in Triberg, dem Professor Wellenschläger in Kenzingen, einer Abordnung des Landeskomitees zur Fürsorge für Epileptische im Großherzogthum Baden, bestehend aus dem Freiherrn E. A. v. Göler in Lichtenthal, dem Vereinssekretär Koch dahier, dem Pfarrer Reinmuth in Knielingen, dem Medicinalrath Schenck in Ettlingen, dem Stadtpfarrer Spengler daselbst und dem Vereinsgeistlichen Wenck dahier, einer Abordnung des badischen Rathschreibervereins, bestehend aus den Rathschreibern Ganter in Waldshut und Brehm in Ladenburg, ferner dem Kreisschulrath Bopp in Villingen. Bei dem Empfang der Deputation des Landeskomitees zur Fürsorge für Epileptische erschien auch Ihre Königliche Hoheit die Großherzogin.

Nachmittags 4 Uhr 20 Minuten traf Seine Majestät der König von Schweden und Norwegen hier ein. Seine Königliche Hoheit der Großherzog, begleitet von den Flügeladjutanten Oberstlieutenant Müller und Major Freiherrn v. Schönau, empfing Allerhöchstdenselben am Bahnhof in schwedischer Generalsuniform. Außerdem waren am Bahnhof anwesend der Oberststallmeister v. Holzing und der Staatsminister Dr. Turban. Im Schloß wurde Seine Majestät von Ihrer Königlichen Hoheit der Großherzogin, umgeben von dem gesammten Hofstaat, empfangen. Danach fand eine kleine Familientafel statt, an welcher Ihre Kaiserliche Hoheit die Prinzessin Wilhelm Theil nahm. Abends besuchte der König mit den Höchsten Herrschaften das Großherzogliche Hoftheater. In Begleitung Seiner Majestät befindet sich der königlich schwedisch-norwegische Gesandte von Lagerheim, der königlich schwedische Hofmarschall Graf Rosen, der königlich schwedische Hauptmann und Adjutant Fallman, der Kammerherr Graf Wrangel und der Leibarzt Dr. Egeberg.

Karlsruhe, 10. April. Durch Allerhöchste Kabinets-Ordre vom 16. v. M. ist Folgendes bestimmt:

Badisches Fuß-Artillerie-Bataillon Nr. 14:

Hartstock, Unteroffizier vom rheinischen Fuß-Artillerie-Regiment Nr. 8, unter Beförderung zum Portepeefähnrich, in obiges Bataillon versetzt.

Badisches Pionier-Bataillon Nr. 14:

Hafermalz, Unteroffizier, zum Portepeefähnrich befördert.

Durch Allerhöchste Kabinets-Ordre vom 8. d. M. ist Folgendes bestimmt:

1. Badisches Feld-Artillerie-Regiment Nr. 14:

v. Beck, überzähliger Major und Batteriechef, in das holstein'sche Feld-Artillerie-Regiment Nr. 24 versetzt.

Ernst von Ernsthausen, Premierlieutenant, zum Hauptmann und Batteriechef —.

Küpper, Sekondelieutenant, zum Premierlieutenant — befördert.

* **Karlsruhe**, 10. Mai. Das Regierungsjubiläum des Großherzogs gab bekanntlich der nationalliberalen Presse und verschiedenen gleichgesinnten Festrednern wieder einmal Gelegenheit zu Taktlosigkeiten gegen die Katholiken. Obenan stand, wie wir gezeigt haben, die „Badische Landeszeitung", die sich in solchen Dingen von anderen Blättern selbstverständlich nicht überbieten lassen kann. Ihre Ausfälle wurden von uns entsprechend niederer gehängt, ebenso wurde der Versuch der „Bad. Korr.", den erzbischöflichen Hirtenbrief gegen das Centrum auszuspielen, in unserem neulichen Artikel „Nachklänge zur Jubiläumsfeier" genügend beleuchtet. Es ist also nicht nöthig, nochmals darauf zurückzukommen, dagegen erscheint es uns angezeigt, gewissen Herren Festrednern einige Worte zu widmen, wenn wir auch nicht alle, denen in dieser Beziehung etwas zu sagen wäre, mit Namen nennen wollen. Wie in der Presse die „Bad. Landesztg.", so ist es unter diesen Festrednern der Geschichtsprofessor Dr. Böthlingk am hiesigen Polytechnikum, der sich in Gehässigkeiten und Taktlosigkeiten gegenüber den Katholiken und der kath. Kirche nicht überbieten lassen will und deßhalb jede passende und unpassende Gelegenheit, ja sogar den Lehrstuhl dazu benützt, um sich in solchen zu ergehen. Der katholische Theil seiner Zuhörerschaft im Lehrsaal oder in Versammlungen bietet ihm hierin kein Hinderniß. Als es bekannt wurde, daß Herr Böthlingk beim Jubiläumskommers der Studentenschaft des Polytechnikums die Festrede halten werde, war es deßhalb für Viele eine ausgemachte Sache, daß es selbst bei dieser Gelegenheit nicht ohne einige Hiebe auf den Katholicismus abgehen werde, allein der Herr Geschichtsmaler Böthlingk trug diesmal dicker auf, als man ahnen konnte. Er scheute sich nicht, Slaventhum, Franzosenthum und Rom, d. h. die von Rom ausgehende geistige Macht auf eine Stufe zu stellen und die studirende Jugend indirekt aufzufordern, diese 3 Faktoren als ihre Kampfobjekte zu betrachten. Dagegen, meinte der Herr Festredner, müsse die Erziehung der Jugend gerichtet werden. In einer nationalliberalen Parteiversammlung, oder in einer Versammlung des evangelischen Bundes fänden wir solche Worte und eine solche Zusammenstellung, so ungerechtfertigt und wahrheitswidrig sie auch ist, noch begreiflich, aber für den Jubiläumskommers einer Studentenschaft, die zu einem guten Theil aus Katholiken besteht, — abgesehen davon, daß die Hochschule selbst und die Herren Professoren ebenfalls zu einem guten Theil von kath. Geld, d. h. von Katholiken herrührend, erhalten werden, — halten wir ein solches Auftreten doch zu stark. Was haben denn überhaupt Russen, Franzosen und Rom, was hat denn Politik in einer Kommersrede für die Studentenschaft zu thun, der es selbst streng untersagt ist, Politik zu treiben? Wir meinen, ein Geschichtsprofessor sollte aus dem langen und thatenreichen Leben unseres Großherzogs genug andere glänzende und ehrenvolle Momente zu einer Festrede herausfinden und nicht zu der für die Schule verbotenen Politik und zu Themata greifen müssen, die es Katholiken fast unmöglich machen, derartigen Festlichkeiten beizuwohnen. Wir schließen unsere Bemerkung mit dem Ausdruck der Verwunderung, nicht über die Kühnheit des Herrn Böthlingk, sondern darüber, daß man diesen Herrn immer wieder zum Festredner auswählt. Aus dem Stenogramm der Festrede des Herrn Oberbürgermeisters Schnetzler, worin wir s. Zt. ebenfalls einen Passus beanstandeten, haben wir ersehen, daß die betreffende Stelle nicht beleidigend ist, also auch nicht darauf zurückzukommen ist.

* **Karlsruhe**, 10. Mai. Die „Bad. Landesztg.", welche ihre journalistische Befähigung hauptsächlich durch unqualificirbare Schimpfereien dokumentirt, erzählt eine lange Geschichte von zwei Zeugen aus dem Prozesse Fusangel-Baare, die ja immerhin nicht zu den Gentlemen gehören mögen, um daran folgende Bemerkung zu knüpfen: „Daß es Herrn Fusangel möglich geworden ist, mit solchen Gesellen Arm in Arm und gestützt auf deren Aussagen seine Verdächtigungen gegen Herrn Baare in die Welt zu setzen, würde man nicht für möglich halten, wenn man nicht wüßte, daß nur der Sumpfboden des ultramontanen Journalismus dem von Herrn Fusangel geübten Gewerbe der Ehrabschneiderei Nahrung und selbst weitere Verbreitung geben konnte." Die passende Erwiderung auf diesen „Landeszeitungs"-Ausfall hat der Essener Staatsanwalt gegeben, indem er die formelle Voruntersuchung gegen Baare wegen wissentlichen Meineids erhoben hat. Das verschweigt aber die „Landesztg."

X. **Aus Baden**, 5. Mai. Herr Abg. Heimburger, dessen Auftreten im Landtage mir sonst nicht unsympathisch ist, stellte in der 66. Sitzung der Zweiten Badischen Ständekammer eine Behauptung auf, die eine Erwiderung von katholischer Seite nothwendig macht. Derselbe äußerte nach dem Referate des „Bad. Beob.": „Geschichtslügen würden an unseren Schulen nicht vorgetragen, denn die Lehrer, die Geschichte ertheilen, seien darin geprüft; Manches, was die katholische Kirche für eine Geschichtslüge halte, sei eine geschichtliche Wahrheit." Ich glaube, daß Herr Heimburger von seinen Kollegen, die an den badischen Mittelschulen Geschichte dociren, eine viel zu gute Meinung hat. Nur Wenige derselben können die Geschichte, die sie vortragen, aus den Quellen studiren; die Meisten müssen sich eben an die Bücher halten, die sie benützen, und diese sind nicht immer zuverlässig. Schreiber dieses besuchte in den siebenziger Jahren das Gymnasium; die meisten Professoren, welche Geschichte lehrten, sind heute noch am Leben und im Schuldienste thätig, aber man kann ihnen nicht nachsagen, daß sie bezüglich der Geschichtsforschung überall auf der Höhe der Zeit standen. Um nur Weniges zu erwähnen: die Sage von den Weibern von Weinsberg, die Tellsage, die Zerstörung Magdeburgs durch Tilly, die erwiesenermaßen unhistorische Aeußerung Luther's: „Hier stehe ich, ich kann nicht anders, Gott helfe mir, Amen", die Galilei in den Mund gelegten Worte: „Und sie bewegt sich doch!" wurden als Thatsachen aufgeführt; erst auf der Universität hörten wir, daß es „Geschichtslügen" sind. Dagegen war der Geschichtsprofessor am Gymnasium eifrig bemüht, die „Legende" vom hl. Johannes von Nepomuk zu zerstören. Die staatliche Prüfung ist noch keineswegs im Stande, alle Vorurtheile der Examinanden und die konventionellen Geschichtslügen, namentlich in Betreff der katholischen Kirche zu beseitigen. — Noch mehr muß ich mich wundern über den Ausspruch Heimburger's: „Manches, was die katholische Kirche für eine Geschichtslüge halte, sei eine geschichtliche Wahrheit". Es wäre wohl den Lesern des „Beob." sehr erwünscht, wenn Herr Heimburger zugleich eine Anzahl Belege dafür gebracht hätte. Vielleicht ist der „Bad. Landesbote" geneigt, unsere Neugierde in diesem Punkte zu befriedigen. Aber man komme uns nicht mit Behauptungen einzelner katholischer Geschichtsschreiber, denen andere katholische Geschichtsschreiber widersprechen, ebenso verschone man uns mit Dingen, über welche die Kirche jedem ihrer Gläubigen gestattet zu denken, was er will. Unsere Wahrheitsliebe ist so aufrichtig, daß wir bereit sind, von der Ansicht unserer Kirche abzuweichen, wenn es geschichtliche Wahrheiten geben sollte, die mit der Lehre unserer Kirche im Widerspruche stehen. Heraus also mit Thatsachen, die historisch wahr sind, während die katholische Kirche dieselben für Geschichtslügen hält!

Aus Baden, 9. Mai. Jetzt, wo die wärmeren Tage gekommen, ist an die „Genossen" die Aufforderung ergangen, auf das Land hinauszuziehen und durch Vertheilung von Flugblättern und Zeitungen für die socialdemokratische Sache zu wirken. Durch die Erfahrungen des vorigen Jahres klug gemacht, gibt man den Genossen, die allsonntäglich die Dörfer zu besuchen bereit sind, besondere Weisungen mit. Manches daraus ist recht lehrreich und beweist, mit welcher schlauen Berechnung die Socialdemokraten bei ihrer Aufwühlung des Landes vorzugehen gedenken. Zunächst wird den „Genossen" empfohlen, alles zu vermeiden, woran der Landbewohner Anstoß nehmen könnte. Ueber Geistliche, Beamte, überhaupt über Leute in angesehener Stellung seien wegwerfende Aeußerungen nicht zu führen, über Sitten, Gebräuche der Landbewohner auf keinen Fall zu spötteln. Mit Gelehrsamkeit sollen die Genossen nicht prahlen; man möge ruhig abwarten, bis das Gespräch sich den politischen Dingen zuwende; für die Militärfrage, die Steuerfrage zeige der Landbewohner das meiste Interesse. Nicht jeder Genosse sei geeignet, diese Arbeit auf dem Lande in vollem Umfange zu betreiben; Verwendung aber könne jeder finden. Die Thätigkeit der jugendlichen Genossen solle sich auf die Vertheilung der Flugschriften beschränken, während die älteren das Gespräch mit den Landbewohnern zu führen hätten. Für die Vertheilung der Flugschriften, die sich ganz geräuschlos zu vollziehen habe, sind ebenfalls besondere Anweisungen ergangen. Die Genossen haben bei den entfernteren Höfen anzufangen und dann sich immer mehr auf die Hauptstraße des Dorfes zurückzuziehen. In erster Linie seien die Kleingrundbesitzer, Taglöhner und Kleinhandwerker in's Auge zu fassen. Wie man sieht, ist ein wohlberechneter Plan aufgestellt, und die Genossen der großen Städte haben schon die Osterfeiertage benutzt, um die Wühlerei zu betreiben. In der nächsten Zeit, wenn noch schönere Tage gekommen sein werden, dürfte die Arbeit einen recht bedeutenden Umfang annehmen. Der Parteitag in Lübeck hat sich alles Ernstes schon mit den Reichstagswahlen für 1895 beschäftigt und die Kandidaten für Mecklenburg aufgestellt, und wenn man die Erfolge berücksichtigt, welche die Socialdemokratie dort unter der Landbevölkerung erreicht hat, so ist es wirklich nicht ausgeschlossen, daß bei einer drei Jahre hindurch fortgesetzten Wühlarbeit Mecklenburg Socialdemokraten in den Reichstag entsenden wird. Die socialdemokratische Agitation auf dem Lande dürfte in diesem Jahre, da die Lohnkämpfe bei Seite gestellt sind, stärker denn je entbrennen, und darum sollte ihr die schärfste Aufmerksamkeit zugewandt werden, wenn man nicht sehr unliebsame Ueberraschungen erleben will. Darum, Landwirth, sei auf der Hut. Halte fest an Deinem Glauben, den Dich Deine Mutter und die hl. Kirche gelehrt hat und stehe treu zu Deinem König und Kaiser. Lasse Dich nicht täuschen durch die gleißnerischen Vorspiegelungen, „Religion sei Privatsache". Es sind nur Schlingen, die sie auswerfen, und so bald Du gefangen bist, reißen sie Dir das schönste Ideal aus dem Herzen und stempeln Dich allmälig zum Atheisten, zum Ungläubigen, zum modernen Heiden.

✣ **Aus dem Kraichgau**, 8. Mai. Heute Nachmittag wurde in Rohrbach eine Versammlung gehalten zur Einführung des Mittelbadischen Bauernvereins in dieser Gegend. Die Versammlung war äußerst zahlreich besucht. Sie wurde eröffnet durch den Herrn Baron P. v. Menzingen, der in seinen einleitenden Worten u. a. auch auf einen Artikel des Amtsverkündigers hinwies, welcher sich feindselig gegen den Bauernverein ausspricht. Hierauf ergriff der Schriftführer des Vereins, Pfarrer Gerber von Friesenheim, das Wort, um die Zwecke und Bestrebungen des Vereins, die Mittel, die zur Erreichung dieses Zweckes angewendet werden, insbesondere den Rechtsschutz, den die Mitglieder genießen, die Feuerversicherung und Viehversicherung, die Auskunftsbureaus und das Vereinsblatt zu besprechen und zu erklären. Namentlich wurde auch hervorgehoben, daß der Verein keine Politik treibe und daß er Mitglieder **jeder** christlichen Konfession und jeder Parteirichtung aufnehme. Nach ihm sprach der zweite Vorstand des Vereins, Herr Morgenthaler von Fautenbach, in glänzendem Vortrage das Gesagte weiter erklärend und mit drastischen Beispielen aus seiner eigenen Erfahrung bestätigend. Hierauf ergriff noch Dekan Hennig von Kappel a. Rh. das Wort und erzählte, wie er als Pfarrer von Seelbach mit Hofbauer Pfaff den ersten Anfang zur Gründung des Bauernvereins gemacht habe, wozu er dann noch dringende Aufforderung zum Beitritt in diesen Verein beifügte. Nach Beendigung dieser Vorträge fanden die Einzeichnungen zum Eintritt in den Verein statt und wurden gleich drei Ortsverbände gegründet, in Rohrbach, Eisenz und Landshausen. Weitere Einzeichnungen, sowie auch weitere Gründungen von Ortsverbänden stehen in nächster Zeit bevor, so daß in Bälde ein Bezirk Kraichgau wird gebildet werden können. Von Aufreizung und Verhetzung der Bauern war durchaus nichts wahrzunehmen. Um 6 Uhr fuhren die fremden Gäste nach Eppingen, um die neu restaurirte herrliche katholische Pfarrkirche zu besichtigen und kehrten dann mit dem Abendzuge wieder zurück.

⊖ **Kenzingen**, 9. Mai. Die von den Herren Land- und Reichstagsabgeordneten unseres Bezirks, den Herren Oberstiftungsrath Hug und Fabrikant Schätzgen auf gestern Nachmittag in's Gasthaus zum „Löwen" hier einberufene Centrumsversammlung war von Wählern von hier und den umliegenden Gemeinden sehr zahlreich besucht und nahm einen schönen Verlauf. Die Geistlichkeit des Bezirks war ebenfalls zahlreich vertreten, auch von Freiburg hatten sich verschiedene Herren eingefunden, so die Herren Kaufmann W. Fischer und Anwalt Ruttinger vom Centralkomitee, ferner einige Herren aus Ettenheim und Karlsruhe. Der Saal, der größte in der Stadt, sowie das anstoßende Wirthszimmer waren dicht besetzt. Nach einigen Worten der

Begrüßung eröffnete Herr Stadtpfarrer Murald kurz nach 4 Uhr die stattliche Versammlung und schlug mit allgemeiner Zustimmung unseren Herrn Bürgermeister als Vorsitzenden vor, der dankend seine Einwilligung gab und zunächst unserem Landtagsabgeordneten Herrn Hug zur Berichterstattung über seine Kammerthätigkeit das Wort ertheilte. In lichtvollem, rethorisch und inhaltlich gleich ausgezeichnetem Vortrag behandelte Herr Hug die Hauptgegenstände, die den Landtag bisher beschäftigten und noch beschäftigen, dabei jeweils seine und seiner Partei Stellungnahme eingehend erläuternd und begründend. So gab er interessante Aufschlüsse über die Steuerermäßigung und die Umstände, die dieselbe möglich machten. Die Ermäßigung selbst hält er für innerlich gerechtfertigt und trotz der sich stets mehrenden Staatsausgaben, wenigstens für mehrere Budgetperioden, konstant. Nach einer kurzen Beleuchtung unseres Eisenbahnwesens behandelte er eingehend das neue Volksschulgesetz, insbesondere dessen Vorzüge gegenüber dem bisherigen und den ebenfalls auf diesem Landtag aufgestellten neuen Wohnungsgeldtarif. Dann ging er über auf die Arbeiten, die dem Landtag noch bevorstehen, darunter die freiheitlichen, politischen und kirchenpolitischen Forderungen, wie direkte Wahl, Korrektur der Wahlkreiseintheilung, Dotationsgesetz, die Orden ꝛc. besonders hervorhebend und betonend, daß er mit seinen Parteifreunden Alles aufbieten werde, um die Erfüllung dieser berechtigten Forderungen herbeizuführen. Stürmischer Beifall folgte der oft von lebhaften Zustimmungsäußerungen begleiteten Rede. In einem begeisterten dreifachen Hoch gab die Versammlung auf Veranlassung des Vorsitzenden ihrem Dank und ihrer Anerkennung Ausdruck. Darauf ergriff das Wort Herr Reichstagsabgeordneter Schättgen, um über seine Thätigkeit im Reichstag zu referiren. Wie sein Herr Vorredner entledigte auch er sich in ausgezeichneter Weise seiner Aufgabe. Selbstverständlich mußte er sich bei der schon ziemlich vorgerückten Zeit ebenfalls auf die Hauptpunkte des so weiten Gebietes der Reichstagsverhandlungen beschränken, nämlich auf die Branntweinsteuer, die Militärvorlage, das Arbeiterschutzgesetz und die Handelsverträge. Dabei bekundete er nicht blos eingehende Kenntnisse dieser wichtigen und umfangreichen Gesetzesarbeiten, sondern auch großes Interesse und ein warmes Wohlwollen für unsere landwirthschaftliche Bevölkerung und des Arbeiterstandes sowohl in geistiger wie in materieller Hinsicht. Dies hatte Herr Schättgen zwar am besten durch seine Stellungnahme und Thätigkeit im Reichstag gezeigt, allein es berührt stets angenehm, so volksfreundliche Worte aus dem Munde eines Volksvertreters hören zu können, von dem man weiß, daß er ihnen auch die That folgen läßt bezw. hat folgen lassen. Reicher Beifall und ein begeistertes Hoch lohnten dann auch seine Rede. Herr Stadtpfarrer Murald sprach alsdann noch in gediegenem Vortrag über unsere mißlichen socialen Zustände, für deren Beseitigung er die Socialisten nicht fähig, dagegen ein harmonisches Zusammenwirken von Staat und Kirche nothwendig hält. Herr Bürgermeister Kaiser bat sodann die Herren Abgeordneten, im Landtag für die Wiedererrichtung eines Bezirksamtes in Kenzingen eintreten zu wollen, was von Herrn Hug zugesagt und sofort eingehend begründet wurde. Herr Kaufmann Wilhelm Fischer von Freiburg dankte ebenfalls den beiden Herren Rednern, sowie den Zuhörern für ihr zahlreiches Erscheinen und ihre Ausdauer, betonte die nothwendige, ständige Fühlung zwischen dem Volk insbesondere dem katholischen und seinen Führern und schloß mit einem Hoch auf die schöne Stadt Kenzingen. Herr Hug lenkte in seiner Erwiderung die Aufmerksamkeit auf unseren Großherzog und dessen 40jährige Regierungsthätigkeit und feierte ihn in einem Hoch. Damit hatte die Versammlung ihr Ende erreicht. Eingehend belehrt über die politischen und wirthschaftlichen Zustände in Baden und im Reich und befriedigt von der Thätigkeit der beiden Herren Abgeordneten, die sich heute wiederum als wirkliche Volksmänner gezeigt und bewiesen haben, daß die Vertretung unserer Interessen in guten Händen liegt, verließen die Zuhörer den Saal, hoffend, recht bald wieder einmal bei ähnlicher Gelegenheit mit den Herren Abgeordneten zusammen sein zu können.

Von der Schweizer Grenze, 9. Mai. Die beiden gestern in Haltingen und Lörrach von den Abgeordneten Muser und Heimburger abgehaltenen Versammlungen waren sehr zahlreich besucht, so daß die beiden Lokale, selbst der doch sehr große Hirschensaal, die herbeigeströmten Parteiangehörigen und Neugierigen kaum alle aufzunehmen vermochten. Der Löwenantheil des Tages war natürlich Herrn Muser zugefallen, der sich über die politische Lage verbreitete, neue Gesichtspunkte aber nicht vorbrachte. Da in der Einladung ausdrücklich auf das Recht freier Diskussion hingewiesen war, so konnte man ein interessantes Redeturnier erwarten, umsomehr als sich in Haltingen der ganze Beamtenstab Lörrachs eingefunden hatte und in der Lörracher Versammlung natürlich auch die Socialdemokraten in erklecklicher Zahl vertreten waren. Die letzteren zogen es indessen vor, trotz mehrfacher Anzapfungen Muser's, sich in Stillschweigen zu hüllen; ob Herr Dr. Rüdt, der dem Vernehmen nach besondere Einladung von Muser erhalten hatte, immer noch an den Folgen der Maifeier laborirt und deßwegen nicht erschien, entzieht sich unserer Kenntniß. Der einzige Gegner, der seine abweichende Meinung öffentlich kundzugeben sich nicht enthalten konnte, war Bezirksthierarzt Hink, unsern Lesern ja genügsam bekannt, durch seine theologischen Dissertationen gegen die Jesuiten. Sollte man es für möglich halten, daß er es selbst in dieser Versammlung nicht lassen konnte, auf die Jesuiten wieder zu sprechen zu kommen? Die Abfuhr, die dem Herrn in Haltingen zu theil wurde, war nach dem Zeugniß eines urtheilsfähigen Angehörigen seiner eigenen Partei eine derart gründliche, daß man sich allgemein wundern mußte, denselben Herrn Abends in Lörrach wieder als Gegenredner auftreten zu sehen. Geradezu erheiternd war es, wie Herr Hink alle Einwendungen gegen die Muser'schen Ausführungen mit der Erklärung begann, daß er „für seine Person damit eigentlich ganz einverstanden sei, aber . . . . Als Herr Heimburger, der in Haltingen über die Arbeiten des Landtages sprach, in Lörrach der sehr vorgerückten Zeit wegen jedoch nicht mehr ankommen konnte, des Umstandes erwähnte, daß bei uns seit 20 Jahren keine einzige wahrhaft liberale That auf dem Gebiete der Gesetzgebung zu verzeichnen sei, nannte Hink zum Ergötzen aller Anwesenden — Farrenschau, Fleischbeschau ꝛc. ꝛc.!! In Lörrach fand es Hink für angezeigt, in einer Entgegnung auf Muser's Forderung von Diäten für Reichstagsabgeordnete auf die „Obstruktionspolitik der Centrumspartei unter der Führerschaft des Pfarrers Wacker“ hinzuweisen, durch welche eine Verlängerung des Landtages verursacht werde, die dem Staate viele Tausende koste. In sehr entschiedener Weise nahm hierauf Herr Muser unsere Centrumsabgeordneten gegen diesen erbärmlichen Vorwurf in Schutz und wies darauf hin, daß selbst der Führer der nationalliberalen Partei, Herr Fieser, es wiederholt als einen ungerechten und durchaus zurückzuweisenden Vorwurf bezeichnet habe, wenn man dem Landtag nachsage, er verlängere seine Arbeiten absichtlich. Man dürfe den Landtag eben nicht nur nach seinen öffentlichen Sitzungen beurtheilen, sondern müsse auch berücksichtigen, daß täglich noch Kommissionssitzungen stattfinden, die sich allerdings der öffentlichen Kenntniß entziehen. — Wenn Herr Hink kein besseres Rüstzeug besitzt als das gestern zur Schau getragene, so mag er die Vertheidigung seiner Partei getrost Anderen überlassen.

Personalnachrichten.

Ministerium des Innern.

August Weis, Aktuar von St. Leon, z. Zt. Gehilfe beim Amt Wiesloch, wird dem Amt Durlach zugetheilt. Karl Bühler, Aktuar beim Amt Lahr, wird die Aktuarsstelle beim Amt Konstanz übertragen. Karl Sauer, Aktuar beim Amt Offenburg, wird zum Amt Freiburg versetzt. Julius Kall, Aktuar beim Amt Pforzheim, wird zum Amt Freiburg versetzt. Hermann Meier, Aktuar beim Amt Konstanz, wird zum Amt Pforzheim versetzt. Friedrich Meyer, Aktuar beim Amt Konstanz, wird zum Amt Offenburg versetzt. Wilhelm Kammerer, Aktuar beim Amt Lahr, wird zum Amt Konstanz versetzt. Gustav Diehm, Aktuar beim Amt Sinsheim, wird dem Amt Konstanz zugetheilt. Mainrad Weingartner, mit dem Dienst eines Schutzmannes beim Amt Karlsruhe betraut, wird in gleicher Eigenschaft nach Konstanz versetzt. Georg Schell von Walldorf wird mit dem Dienst eines Schutzmannes beim Amt Karlsruhe betraut. Josef Stemmle von Bischweier wird mit dem Dienst eines Schutzmannes beim Amt Heidelberg betraut. Hermann Bienger von Kandern, wird mit dem Dienst eines Schutzmannes beim Amt Pforzheim betraut.

Mit Erlaß großh. Verwaltungshofes vom 3. Mai d. J. Nr. 18155 wurde die Wärterin Wilhelmine Hofer an der Heil- und Pflegeanstalt bei Emmendingen etatmäßig angestellt.

Ministerium der Justiz, des Kultus und Unterrichts.

Enthoben wurde seines Dienstes: Heinrich Ewald, Rechtsanwalt im Sekretariat des großh. Landgerichts Offenburg wegen anderweitiger Verwendung. Ludwig Gall, Aktuar beim Amtsgericht Baden.

In den Ruhestand versetzt wurde: Aug. Schneider, Aktuar beim Amtsgericht Schopfheim, wegen körperlicher Leiden.

Zugewiesen wurde: Adolf Homburger, Rechtspraktikant, dem Sekretariat des Landgerichts Offenburg.

Versetzt wurden: Leopold Lacus, Aufseher 2. Klasse beim Landesgefängniß Freiburg, an das Landesgefängniß Bruchsal. Albrecht Waigel, Aufseher 1. Klasse beim Kreis- und Amtsgefängniß Offenburg, an das Landesgefängniß Freiburg. Georg Grundel, Werkmeister, Aufseher 1. Klasse beim Landesgefängniß Freiburg, an das Kreis- und Amtsgefängniß Offenburg.

Etatmäßig angestellt wurde: Andreas Schweigert, Werkmeister a. D., Aufseher 1. Klasse, als Aufseher 1. Klasse mit dem Charakter als Werkmeister beim Landesgefängniß Freiburg.

Gestorben ist: Heinrich Mathes, Aktuar beim Amtsgericht Mannheim.

Badischer Landtag.

Karlsruhe, 9. Mai.

75. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. (Schluß.)

Abg. Kögler meint, derartige große Ungleichheiten und Unregelmäßigkeiten sollten in einem Staatshaushalt nicht vorkommen, sie seien Folgen der Unvollkommenheiten des Beamtengesetzes. Er bitte, da Abhilfe zu schaffen und dem Petenten zu seinem Recht zu verhelfen, da derselbe im Interesse seiner Kinder, die zum Theil noch erzogen werden müssen, den höheren Ruhegehalt, abgesehen von seinem rechtlichen Anspruch darauf, auch sehr nothwendig habe.

Abg. Rüdt — sehr heftig — glaubt nur mit wenigen Worten konstatiren zu sollen, daß unter der gegenwärtigen „Bureaukraterei“ derartige Dinge vorkommen können. Da müsse man schon etwas deutsch reden, damit sie in Zukunft unterblieben; er stehe deßhalb nicht an, öffentlich seiner Entrüstung darüber Ausdruck zu verleihen, wie sich eine solche ja in der Kommission schon allgemein bemerkbar gemacht habe. Es sei unerhört, daß ein Beamter, der selbst nach dem Zeugniß seiner Vorgesetzten 37 Jahre lang dem Staate treu gedient habe, sich bettelnd an die Kammer wenden müsse, um zu seinem Recht zu gelangen. Pflicht des Finanzministers sei es gewesen, sobald ihm die auf einem großen Fehler der Regierung beruhende Benachtheiligung dieses Mannes zu Ohren gekommen, Abhilfe zu treffen. Dieser Fall stehe übrigens nicht allein da, er habe noch mehr in seinem Concept, die er jedoch nicht heute, sondern bei Berathung des Beamtengesetzes vorbringen und gehörig beleuchten werde.

Der Präsident bemerkt, von „Betteln“ könnte bei Petenten, die sich an die Kammer wenden, nicht die Rede sein, sie hätten dazu ein Recht, wenn es sich dabei allerdings hie und da auch um recht kleinliche Sachen handle.

Abg. Rüdt will das „Betteln“ nicht im gewöhnlichen Sinn des Wortes gebraucht haben.

Abg. Strübe bestreitet, daß sich in der Petitionskommission allgemeine Entrüstung bemerkbar gemacht habe.

Ministerialdirektor Seubert: Der vorliegende Fall sei mit dem Beamtengesetz resp. mit der Gehaltsordnung nicht in Zusammenhang zu bringen. Der Petent sei früher Jahre lang nicht etatsmäßig angestellt gewesen, habe nach dem alten Beamtengesetz nur 21 Dienstjahre gehabt und hätte darnach nur ca. 890 Mk. Pension zu beziehen gehabt. Sein gleichaltriger Kollege sei bei der Centralbehörde angestellt gewesen, habe aber eine raschere Karriere gemacht, wie dies ja häufig vorkomme und in Folge dessen auch eine höhere Pension erhalten. Das sei eigentlich ganz natürlich, die Pension hänge zusammen mit dem pensionsfähigen Einkommen, das bei Letzterem bedeutend höher war, als beim Bittsteller. Ersterer bezog beim Inkrafttreten des neuen Beamtengesetzes schon über 3000 Mk., der Petent nur etwas über 1900 Mark. Diese konnten jedoch nicht plötzlich auf 3000 Mk. erhöht werden, sondern wurden nach den maßgebenden Grundsätzen der Uebergangsbestimmungen erhöht und dementsprechend wurde ganz richtig seine Pension festgestellt. Die Regierung sei deßhalb gar nicht in der Lage, die Pension des Petenten zu erhöhen, selbst wenn sie wollte, und er bitte deßhalb dem Kommissionsantrag auf empfehlende Ueberweisung nicht zuzustimmen.

Abg. Rüdt muß es verurtheilen, daß gleichaltrige und gleichveranlagte Beamte durch blinde Glücksfälle verschieden aufrücken, denn Glück sei Willkür. Das Aufrücken müsse von bestimmten gesetzlichen Vorschriften geregelt sein, dürfe nicht von Glück, Opportunismus abhängen. Die Regierung solle jetzt diesen Glücksfehler wieder gut machen.

Abg. Strübe möchte, nach der Erklärung des Regierungsvertreters, die Petition nochmals an die Kommission zurückgewiesen haben.

Abg. Birkenmayer: Der Fehler liege nicht in einer gesetzwidrigen Handlungsweise der Regierung — dazu halte er die Regierung gar nicht fähig —, sondern in der Unvollständigkeit des Gehaltstarif's, worin eben die Bautechniker vergessen worden sind. Der Petent sei deßhalb bei seiner Pensionirung, wie auch bei seiner Gehaltserhöhung als Zeichner behandelt worden, was er thatsächlich nicht sei und wogegen er sich mit Recht wehre; er hätte unter die Klasse der Forstgeometer ꝛc. eingereiht werden sollen, dann wäre seine Pension anders ausgefallen. Materiell müsse man diesen Fehler wieder gut machen, weßhalb er bitte, dem Kommissionsantrag zu entsprechen. Für eine Zurückverweisung an die Kommission sei er nicht, da diese ja doch nicht mehr erfahren könne, als der Regierungsvertreter heute mitgetheilt habe.

Ministerialdirektor Seubert: Baugeometer seien deßhalb im Gehaltstarif nicht vorgesehen, weil diese Beamten auf den Aussterbeetat gesetzt seien und deßhalb mußten sie unter anderen Klassen untergebracht werden.

Darauf wird Schluß der Debatte beantragt und die Petition an die Kommission zurückverwiesen.

Abg. Rüdt wiederholt in einer persönlichen Bemerkung, daß er persönlich von einem thatsächlichen Unrecht im vorliegenden Fall überzeugt sei.

An Stelle des abwesenden Abg. Dreher erstattet Abg. Strübe Bericht über die Bitte des früheren Seminardieners Theodor Pfaff in Meersburg, um Erhöhung seines Unterstützungsgehaltes. Die Kommission beantragt Ueberweisung zur Kenntnißnahme.

Abg. Lohr weist auf die lange unbescholtene Dienstzeit des Petenten und seine zahlreichen Familie hin. Letztere bestehe aus 5 Kindern und einer kranken Frau. Der Petent sei thatsächlich im Dienst Invalid geworden und es wäre deßhalb zu bedauern, wenn diesem Manne nicht geholfen werden könne. Die Regierung möge deßhalb suchen, sich auf irgend eine Weise für den Petenten verwenden und ihm auf irgend eine Art eine Unterstützung zukommen zu lassen. In diesem Sinne bitte er um Zustimmung zum Kommissionsantrag.

Oberschulrathsdirektor Joos glaubt, daß es kaum möglich wäre, mehr zu leisten als schon geleistet wurde, der Petent sei eben nicht etatsmäßig angestellt gewesen, allein die Regierung werde die Sachlage eingehend zu prüfen.

Darauf wird der Kommissionsantrag genehmigt.

Abg. Schättgen erstattet Bericht über die Bitte des pensionirten Gendarmen Franz Helfrich in Gottersdorf (A. Walldürn) um Erhöhung seines Ruhegehaltes. Wegen Dienstuntauglichkeit wurde der Petent im Jahre 1849 mit 100 Gulden pensionirt, versah später eine Zeit lang noch eine Accisestelle, seitdem wurde die Pension, von der der 83jährige Petent nebst seine gleichalte Frau leben müssen, um 115 Gulden erhöht. Das reicht natürlich nicht aus, weshalb die Kommission die Regierung ersucht, dem Petenten Angesichts seines Alters und seiner Thätigkeit im Staatsdienst, eine dauernde Unterstützung zukommen zu lassen.

Ministerialdirektor Seubert bemerkt, daß die Regierung von dem Wunsche des Petenten erst durch die Petition Kenntniß erhalten habe, hätte er sich früher an die Regierung gewendet, so hätte sie demselben jedenfalls entsprochen.

Abg. v. Buol kann sich bei der freundlichen Haltung der Regierung kurz fassen. In Anbetracht des Alters des Petenten, das eine dauernde Unterstützung unter Umständen, was er jedoch nicht hoffe, illusorisch machen könne, sei eine sofortige, wenn auch nur einmalige, aber namhafte Unterstützung zu gewähren, damit dessen Angehörigen, die selbst im Schweiße ihres Angesichts ihr Brod verdienend, bisher den alten Mann unterstützten, noch etwas zufiele. Nach einer nochmaligen Befürwortung des Kommissionsantrags durch Berichterstatter Schättgen, wird der Antrag genehmigt.

Abg. Schättgen erstattet auch über den letzten Punkt der Tagesordnung, die Bitte sämmtlicher Einwohner von Stockwald, zur Gemeinde St. Georgen gehörig, um Errichtung einer eigenen Volksschule, Bericht. Die Kommission hält die Errichtung dieser Schule für ein dringendes Bedürfniß und stellt daher den Antrag auf empfehlende Ueberweisung.

Abg. Grüninger befürwortet diese Petition auf's Wärmste. Die Zahl der Schüler betrage 70, der Weg sei weit und wenn er auch etwas verbessert worden sei, so nütze er im Winter eben doch wenig, er bitte deshalb dem Antrag zuzustimmen.

Oberschulrathsdirektor Joos hat eine Einwendung nicht zu machen.

Abg. Löffler befürwortet ebenfalls die Annahme des Antrags angesichts des weiten und ungangbaren Weges von Stockwald nach St. Georgen. Der Bau eines Schulhauses in Stockwald könne billig erstellt werden. Er halte es aber für zweckmäßig, daß ein verheiratheter Lehrer angestellt werde.

Der Antrag wird angenommen.

Schluß der Sitzung 1¼ Uhr.

Nächste Sitzung: Mittwoch 9 Uhr.

Tagesordnung: 1. Anzeige neuer Eingaben; 2. Berathung der Berichte der Budgetkommission: a) über die Anforderung von Dienstwohnungen; Berichterstatter Abg. Hoffmann; b) über den Gesetzentwurf, die Ergänzung der Gehaltsordnung betr.; Berichterstatter Abg. Friderich; c. über das Budget des Großh. Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts für 1892/93 Tit. 8 (Kultus) und Tit. 9 (Unterrichtswesen — Volksschulen) der Ausgabe; Tit. 3 der Einnahme; Berichterstatter Abg. Fieser.

Berichtigung. In der Rede des Abg. Lohr, bezüglich der Bodenseeeisenbahn, hat sich ein Irrthum eingeschlichen. Der Abgeordnete sagte: „Wenn man nach Ueberlingen bauen wollte, so könnte unter keinen Umständen oberhalb vom Stockach abgezweigt werden, da zwischen dem Salemer und dem Seethal ein hoher Bergrücken liege“.

Lokales.

Karlsruhe, 10. Mai.

ll. **Hoftheater.** Als „Wallenstein“ in „Wallenstein's Tod“ beendete Adolf Sonnenthal gestern sein Gastspiel, mit dem er so viel Begeisterung erweckt, so viel Beifall und so viele Ehren errungen hat. Daß er in dieser letzten Vorstellung wiederum seine reichen Vorzüge auf's Beste entfaltete, versteht sich von selbst. Maske, Mienenspiel, Haltung, Ton und Ausdruck der Stimme waren geradezu vollkommen. Am meisten Wirkung erregten wieder die Stellen, in welchen das warme Gefühl des Künstlers zum Ausdruck kam. Seine Bitte: „Max, bleibe bei mir“ war fast unwiderstehlich. Als das Beste an der Vorstellung ist zu loben, daß alle Darsteller vom ersten bis zum letzten auf der Höhe des Schiller'schen Trauerspiels standen, so daß dem Publikum der Genuß dieser wunderbaren Verse und Gedanken in keiner Weise verkümmert wurde. Es war eine Glanzvorstellung, die unserem Hoftheater zur großen Ehre gereicht.

— **Hebelfeier.** Der „Liederkranz“ sang gestern Abend am Denkmale Hebel's im Schloßgarten 3 Lieder und Stadtpfarrer Längin widmete zum Geburtstage des Dichters demselben freundliche Worte der Erinnerung.

Sch. **Mittheilungen aus der Stadtrathssitzung** vom 6. d. M. Zur Feier der goldenen Hochzeit Seiner Hoheit des Herzogs von Sachsen-Koburg-Gotha und der Herzogin Alexandrine geb. Prinzessin von Baden, wurde auf den 3. d. M. eine Glückwunschadresse an das hohe Fürstenpaar abgesendet. — Beim Bürgerausschuß soll beantragt werden, daß die den Verkehr zum Kadettenhaus vermittelnde Gehwegstrecke der Moltkestraße mit fester Deckung versehen werde. Der Aufwand wird sich auf 1900 M. belaufen und soll aus Wirthschaftsmitteln bestritten werden. — Weiter soll beantragt werden, daß in dem Gaswerk II erstellt werde: ein Schuppen für Reinigungsmasse mit einem Aufwand von 2800 M. und eine Pumpanlage für Ammoniakwasser mit einem Aufwand von 9500 M. Der Aufwand soll aus den Ersparungen für den Gaswerkserweiterungsbau gedeckt werden. — Es wird die Anlage zweier Drehscheiben im Gaswerk II mit einem Aufwand von 6000 M. genehmigt.

Die Lieferung einer Brückenwaage für das genannte Werk wird der Firma Butz und Leiß in Mannheim zum Preis von 2174 M. übertragen. — Dem Ansuchen des deutschen Werkmeisterverbandes entsprechend wird zu dessen Wittwen- und Waisenunterstützungsfond ein einmaliger Beitrag von 900 M. aus Mitteln des Gaswerks bewilligt. — Der Entwurf eines mit Herrn Oberbürgermeister Schnetzler abzuschließenden Dienstvertrages wird vorbehaltlich der Zustimmung des Bürgerausschusses genehmigt. — Dem Herrn Fuhrunternehmer Friedrich Kübler soll ein an sein Anwesen an der Rintheimerstraße grenzender städtischer Geländestreifen zu 2 M. pro Quadratmeter vorbehaltlich der Zustimmung des Bürgerausschusses käuflich abgetreten werden. — In Vollziehung des genehmigten Gemeindevoranschlags werden für's laufende Jahr folgende Beiträge und Unterstützungen zur Auszahlung genehmigt: Alterthumsverein 100 M., Arbeiterbildungsverein 200 M., botanischer Garten der technischen Hochschule 500 M., Frauenarbeitsschule des badischen Frauenvereins 600 M., badischer Frauenverein zur Durchführung von Kinderkochkursen 200 M., Frauenverein im Stadttheil Mühlburg 400 M., Gewerbeverein zu Prämien bei der Ausstellung von Lehrlingsarbeiten 200 M., Verein badischer Lehrerinnen 600 M., allgemeine Musikbildungsanstalt 1200 M., Musikkonservatorium 3000 M., Karlsruher Reiterverein 500 M., Schwarzwaldverein 400 M., Sonntagsverein 100 M., Volksbibliothek 500 M. — Dem Besitzer des Friedrichsbades wird die Hälfte der ihm aus der Stadtkasse bewilligten Subvention von 3000 M. zur Zahlung angewiesen. — Bei der Berechnung der Krankenversicherung wurde am 5. d. ein unvermutheter Kassensturz vorgenommen, der zu Beanstandungen keinen Anlaß gab. — An Stelle des aus Gesundheitsrücksichten vom Amt als Meßinspektor zurückgetretenen Herrn Stadtrath Meeß wird Herr Stadtrath Döring ernannt. — Im Monat April d. J. betrug im städtischen Krankenhaus der höchste Stand 290 und der niederste Stand 175 Kranke.

— **Bürgerausschuß.** Nächsten Donnerstag, den 12. d. Mts., Nachmittags 3 Uhr, findet eine Sitzung des Bürgerausschusses statt, in welcher der mit dem neu gewählten Oberbürgermeister abzuschließende Dienstvertrag zur Berathung kommt.

G **Strafkammer.** Sitzung der Strafkammer I vom 5. Mai. Vorsitzender Landgerichtsrath Zentner. 1. Die Sitzung wird mit der Anklagesache gegen den 28 Jahre alten Gypser Karl Fuchs von hier wegen Kuppelei aufgenommen. Der Gerichtshof beschließt wegen Einvernahme weiterer Zeugen die Vertagung dieses Falles. 2. Von der Anklage wegen Diebstahls wird die 24 Jahre alte Kellnerin Christine Bindschädel von Unteröwisheim, zuletzt hier bedienstet, freigesprochen. 3. Der im Jahre 1837 zu Käferthal geborene Johann Geiß III hat sich beleidigender Aeußerungen über die Richter des Land- und Amtsgerichts Mannheim bedient, wofür er zu 6 Wochen Gefängniß verurtheilt wird. 4. Mit 6 Monaten Gefängniß wurde der 22 Jahre alte Kellner Jakob Benz von Odenheim bestraft. Benz hatte am Abend des 4. August in der Durlacherstraße dahier Schutzleute, welche einen gewissen Welz wegen Widerstands verhafteten, durch gemeine Ausdrücke beleidigt. 5. Der Wirth Anton Kerz von Beuren, geboren im Jahre 1862, wohnhaft in Karlsruhe, hat in fünf Fällen bei Wechseln zusammen im Betrage von 562 M. die Namen der Acceptanten gefälscht und von diesen Wechseln in seinem Nutzen Gebrauch gemacht. Der Gerichtshof verurtheilte ihn wegen Urkundenfälschung und Betrugs zu 10 Monaten Gefängniß. 6. Das Schöffengericht Karlsruhe verurtheilte den 21 Jahre alten in Mühlburg wohnhaften Eisengießer Andreas Seitz von Bruchsal wegen einer in der Nacht vom 2. auf 22. Februar in der Rheinstraße in Mühlburg verübten Körperverletzung zu 4 Monaten Gefängniß. Seitz legte gegen dieses Erkenntniß die Berufung ein, die jedoch als unbegründet verworfen wurde.

Tagesordnung der Strafkammer III. Mittwoch den 11. Mai, Vormittags 9 Uhr. Johann Georg Spannfeil von Liebenzell wegen Diebstahls und Emilie Elis. Bauer von Deinacht wegen Hehlerei.

Tagesordnung der Strafkammer I. Donnerstag, den 12. Mai, Vormittags 9 Uhr. 1. Ernst Ewald von Stein wegen Begünstigung zur Fahnenflucht. 2. Ferdinand Mösch von Rusch wegen Diebstahls, Widerstands und Sachbeschädigung. 3. Johann Georg Dieterle von Eutingen wegen Diebstahls und Betrugs. 4. Mathias Hamberg von Michelbach wegen Urkundenfälschung und Betrugs. 5. Karl Beckmann von München wegen Vergehens gegen § 176 Ziffer 3 St.-G.-B. 6. August Brechtel von hier wegen Beleidigung.

— **Der Bursche des Bäckers K.** fuhr gestern aus Unvorsichtigkeit mit der Deichsel seines Wagens dem Pferde eines vor ihm reitenden Dragonerlieutenants in die Extremitäten und verletzte es derart, daß es getödtet werden mußte. Das an und für sich schon theure Pferd kann die Unvorsichtigen noch theurer kommen.

— **Einbruch.** Gestern Nacht stiegen Diebe durch das offene Fenster des ersten Stockes im Hause Nr. 19 der Westendstraße und leerten ein Kleiderschrank förmlich aus; auf die Thäter wird gefahndet.

Neueste Nachrichten.

Wien, 10. Mai. Einer Meldung der „Budapester Korrespondenz“ zufolge wären Verhandlungen der beiden Finanzminister über die nothwendigen Kreditoperationen zur Valutaregulirung für jetzt in Aussicht genommen. — Der Finanzminister übernimmt in den nächsten Tagen interimistisch das Handelsministerium. — Der Kaiser ließ der Wittwe Baroß' sein Beileid ausdrücken.

Rom, 10. Mai. Der König konferirte gestern Abend mit dem Präsidenten der Kammer. Die Gerüchte erhalten sich, daß Giolitti mit der Bildung des neuen Kabinets werde beauftragt werden. Indessen würde „Fanfulla“ zufolge Giolitti das Präsidium des Kabinets nicht übernehmen.

Lüttich, 10. Mai. Der Gemeinderath stimmte der Verordnung des Bürgermeisters, durch die alle Kundgebungen am ersten Mai verboten wurden, zu, und bewilligte 12,500 Francs für Belohnungen an die Polizei.

Sansibar, 10. Mai. Hier ist vom Tode Emin Paschas nicht das Geringste bekannt. Gerüchtweise verlautete nur, daß Emin erkrankt gewesen sei.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Handel und Verkehr.

Mannheim, 9. Mai. (Produktenbörse.) Weizen pfälzer n. 21.——21.50, norddeutscher —.———.—, russ. Saxonska 21.50——.—, Azima 21.——21.25, Girka 21.— bis 21.25, Taganrog 21.——21.25, amerik. Winter 21.25 bis —.—, rumänischer 20.25—21.25, Theodosia —.———.—, Kernen 21.———.—. Roggen pfälzer 19.———.—, russischer 19.50—20.—. Gerste hiesige Gegend 16.——16.50, pfälzer 17.——18.—, ungarische —.———.—. Hafer badischer 15. bis —.—, norddeutscher —.———.—, russischer —.———.—. Mais amerik. mixed 11.75——.—, Donau 13.50——.—. Kohlreps deutscher neuer 27.50——.—. Leinöl mit Faß 48.50——.—. Rüböl mit Faß 62.——.—. Petroleum mit Faß fr. mit 20 pCt. Tr. 19.25——.—. Weizenmehl Nr. 00 35.—, Nr. 0 34.50, Nr. 1 30.50, Nr. 2 29.50, Nr. 3 28.50, Nr. 4 26.50. Roggenmehl Nr. 0 32.—, Nr. 1 29. Tendenz: Weizen und Roggen etwas fester, Gerste höher, Hafer bessere Frage.

Mannheim, 9. Mai. (Produktenbörse.) Weizen per Mai 18.75, per Juli 19.05, per November 19.05. Roggen per Mai 18.60, per Juli 18.—, per November 16.80. Hafer per Mai 13.50, per Juli 13.80, per November 13.85. Mais per Mai 11.50, per Juli 11.50, per November 11.75. Tendenz: behauptet.

Freiburg, 7. Mai. Auf dem heutigen Schweinemarkt waren zum Verkaufe aufgestellt: 25 Läufer und 774 Ferkel, wovon 19 Läufer à 20—35 Mk. per Stück und 658 Ferkel à 9—18 Mk. per Stück verkauft wurden. Die Preise sind eher im Steigen begriffen, der Verkehr war ein lebhafter.

Straßburg, 9. Mai. Auf dem heutigen Schlachtviehmarkte wurden verkauft: 44 Ochsen 130—140 Mk., 211 Kühe 112—128 Mk., 60 Kuhvierel 110—122 Mk., 6 Stiere 110—112 Mk., 120 lebende Schweine 108 bis 112 Mk., 0 geschlachtete Schweine ——— Mk., 15 lebende Hämmel 144—160 Mk., 3 geschlachtete Hämmel 116 bis 120 Mk., 56 lebende Kälber 136—164 Mk. Alles für 100 Kilo.

Frankfurt, 9. Mai. Die neue Woche eröffnete mit einer recht belebten Börse, doch fehlte der letzteren eine einheitliche Tendenz. Während die ausländischen Rentenpapiere sich andauernd durch große Festigkeit auszeichnen und heute sowohl Italiener, Griechen, Portugiesen, Argentinier als auch Mexikaner zu anziehenden Preisen aus dem Verkehre genommen wurden, zeigte der Montanmarkt eine schwache Haltung. Auch auf dem Gebiete der Bankpapiere herrschte Mißstimmung, da an Stelle des Optimismus, welche in Bezug auf die Durchführung der Oesterreichischen Valutaregulirung seither obgewaltet hatte, eine etwas kühlere Auffassung Platz gegriffen hat und man neigt jetzt zu der Ansicht hin, daß die Gewinne, welche die Banken aus dieser großen Operation erzielen dürften, doch keineswegs so glänzend ausfallen werden, als man im ersten Augenblick anzunehmen sich veranlaßt sah. Von Schweizerbahnen zeigten Central eine recht feste Tendenz. (Frankf. Journ.)

Bremen, 9. Mai. Petroleum. Raff. Standard white l. 5.80. — Schmalz 35.—. — Baumwolle fest. Upland middling loco 38.50, desgl. l. Basis middling per Mai 3 .35, per Juni 38.50.

Stadt Gent 100 Fr.-Loose vom Jahre 1868. Ziehung am 15. April 1892. Auszahlung am 2. Januar 1893. Hauptpreise: Nr. 79003 5000 Fr. Nr. 12964 2000 Fr. Nr. 136489 1000 Fr. Nr. 1266 126150 je 500 Fr. Alle übrigen gezogenen Nummern je 250 und 110 Fr.

(Ohne Gewähr.)

Konkurse. Adolf Herzmann, Kaufmann in Karlsruhe, Eröffnungstermin 4. Mai, Anmeldefristablauf 10. Juni, Gläubigerversammlung 31. Mai, Prüfungstermin 24. Juni. — Benjamin Gori, Cigarrenfabrik in Stupferich, Amt Durlach, 4. Mai, 24. Mai, 11. Mai, 31. Mai. — Georg Michael Daub, Kaufmann in Mannheim, 5. Mai, 25. Juni, 31. Mai, 9. Juli.

Karlsruher Standesbuchs-Auszüge.

Eheaufgebote: 9. Mai. Karl Hofer von Böhmisch Richa, Installateur in Ludwigsburg, mit Marie Biedermann Wittwe von hier. — Wilhelm Bickel von Ruith, Schreiner hier, mit Elisabetha Schendle von Ruith. — Chrysosthomus Eckart von hier, Dreher hier, mit Wilhelmine Zubach von Unteröwisheim. — Johann Essig von Freiolsheim, Bahnarbeiter hier, mit Antonie Krell von Kuppenheim. — Abraham Hoffmann von Hockenheim, Hilfsschaffner hier, mit Emma Gamer von Stafforth. — Otto Bergner von Braunsdorf, Ingenieur in Freiburg, mit Amalie Blinzig von hier.

Geburten: 3. Mai. Ludwig Leopold, Vater Ludwig Knoch, Zuschneider. — 5. Mai. Karl August, Vater Simon Baumgärtner, Sergeant. — August Ernst, Vater Jakob Leitz, Maurermeister. — 6. Mai. Alfons August, Vater Alfons König, Assistent. — Mathilde Wilhelmine, Vater Friedrich Frank, Schreiner. — 7. Mai. Rosa Maria Karolina, Vater Josef Marggraf, Maschinenarbeiter. — Lina Maria Franziska, Vater Karl Hermann Moosmann, Dreher. — Lina Sofie Pauline, Vater Eugen Jäger, Instrumentenmacher. — 9. Mai. Ella, Vater Johannes Blum, Schuhmacher.

Todesfälle: 7. Mai. Friedrich, alt 8 Jahre, Vater Friedrich Treiber, Kupferschmied. — Emma, alt 2 Jahre, Vater Gustav Rohrer, Schlosser. — Dominik Bausback, Taglöhner, ein Ehemann, alt 59 Jahre. — 8. Mai. Karl, alt 8 Jahre, Vater Jakob Häfele, Kutscher.

Auswärtige Todesfälle.

Freiburg: Katharina Wangler, 79 J. — Anna, geborene Zweifel, 78³/₄ J., Wittwe des Oberlehrers Bastian Geisel. — Rosa Zegle, 90 J.
Baden: Franziska Bucherer, Wittwe, geb. Merkel, 76 J. — Theodor Köhler, 35 J.
Heidelberg: Konrad Michaely, Obertelegraphensekretär a. D., 78³/₄ J.
Mannheim: Marie Marx, Wittwe, 73 J. — Ludwig Emil Leiberich.
Pforzheim: Amalie Schwindt, Wittwe, 74 J. — Hartmann, geb. Reybach, Hauptlehrers Wittwe. — Magdalena Necker, 80 J.
Rielasingen: Anna Hamm.
Wertheim: Christine Keller, 89³/₄ J.
Rastatt: Max Gräfinger, 19 J.

Offenburger Pferdemarkt-Loose
à 2 Mk., auswärts 2 Mk. 20 Pfg. franko,
Expedition des „Bad. Beobachters" in Karlsruhe.

Gehilfenstelle.

Bei der diesseitigen Verwaltung ist die II. Gehilfenstelle mit einem Jahresgehalt von **1200 Mark** auf 1. Juli l. J. wieder zu besetzen. Bewerber aus der Zahl der Finanzgehilfen wollen ihre Gesuche unter Anschluß von Zeugnissen innerhalb 14 Tagen anher einreichen. 2.2

Freiburg, den 7. Mai 1892.

Münsterstiftungen-Verwaltung.

Dankfagung.

Für die allgemeine herzliche Theilnahme an dem schweren, schmerzlichen Verluste, die sinnigen Blumenspenden und zahlreiche Betheiligung bei dem Begräbnisse unseres unvergeßlichen Bruders, Schwagers und Onkels,

Architekt Karl Hoerth,

Dienstverweser des Erzbischöfl. Bauamtes Freiburg i. B.,

sagen wir den hochw. Herren Geistlichen, den Gemeinden Bühl, Bimbuch, Greffern und allen andern Theilnehmenden, insbesondere dem hochw. Herrn Dekan Geistl. Rath Bender für seinen herrlichen und tröstlichen Nachruf am Grabe unsern tiefgefühltesten Dank.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Bühl, den 8. Mai 1892.

Adolf Stein,
Kaiserstrasse 74, am Marktplatz,
beste und billigste Bezugsquelle für
Damenkleiderstoffe,
empfiehlt
Große Parthien doppeltbreiter Neuheiten
für die
Hälfte des wirklichen Saison-Preises.

PS. Von jedem einzelnen Genre dieses Gelegenheitskaufs sind Stücke mit **genauer Preisangabe** in meinen Schaufenstern ausgestellt. 2.1

Man beachte die Hausnummer: **Kaiserstrasse 74,**
Eckhaus der Kaiser- und Karl-Friedrichstraße, am Marktplatz.

Bekanntmachungen, Versteigerungen 2c.

Bekanntmachung. Samstag, 14. Mai l. J., Nachm. 4 Uhr, wird auf dem Rathhause hier die Herstellung eines Grabens zum Legen einer Gasleitung an der Karlsruherstraße öffentlich versteigert. Steigerungsbedingungen liegen bis dahin auf der Rathskanzlei zur Einsicht auf. Ettlingen, 9. Mai 1892. Bürgermeisteramt.

Sand-Versteigerung. Aus den Stadtwaldungen von Ettlingen werden versteigert: Donnerstag, den 12. Mai d. J., im Rathhause in Ettlingen Morgens 9 Uhr: Dist. I. links der Alb 13 Loose Wegsand. Dist. II. rechts der Alb 5 Loose Wegsand.

RUDOLF MOSSE
Annoncen-Expedition
46 Amalienstrasse 46
(am Kaiserplatz)
KARLSRUHE.
7

Fächer
jeder Art
aus *Federn, Crêpe, Gaze, Spitzen, Atlas etc.*
in reicher Auswahl bei
Friedrich Blos,
Grossh. Hoflieferant,
F. Wolff & Sohn's Détail,
Karlsruhe.
Neumontirungen ebenso Reparaturen werden prompt besorgt.
62.24

Soeben erschien das bis zum Worte **Maria Stuart** reichende **81. Heft** von

Wetzer und Welte's Kirchenlexikon oder Encyklopädie der katholischen Theologie und ihrer Hilfswissenschaften. **Zweite Auflage**, in neuer Bearbeitung unter Mitwirkung vieler katholischen Gelehrten begonnen von **Joseph Cardinal Hergenröther**, fortgesetzt von **Dr. Franz Kaulen**, Professor. Mit Approbation des hochw. Herrn Erzbischofs von Freiburg.

10 Bände von 10—12 Heften à 6 Bogen gr. 8°. Lexikonformat. Subscriptionspreis pro Heft M. 1. Der I. Band (1.—11. Heft) wird von jeder Buchhandlung zur Einsicht mitgetheilt.

Freiburg im Breisgau. **Herder'sche Verlagshandlung.**

Zu beziehen durch die Literarische Anstalt in Freiburg i. B. und deren Agentur in Karlsruhe, Herrenstraße 34.

Katholischer Kirchenmusikverein

(St. Stefan).

Die diesjährige statutenmäßige Hauptversammlung findet am

Mittwoch, den 11. Mai, Abends 8 Uhr,

im **Nebenzimmer** der **Gesellschaft Eintracht** (zu ebener Erde) statt, wozu die Vereinsmitglieder mit der Bitte um zahlreiche Betheiligung hiermit ergebenst eingeladen werden.

Tagesordnung:

1. Vorlage der 1891er Rechnung und des Rechenschaftsberichts;
2. Bericht über die Vereinsthätigkeit;
3. Neuwahl des Vorstandes.

Karlsruhe, den 3. Mai 1892. 2.2

Der Vorstand.

In immer weitere Kreise muß es dringen, daß das

Bettfedern-

Versandhaus Hanauerland und

Bettenfabrik

von **Jac. Baschang, Freistett in Baden das größte, reellste und leistungsfähigste Geschäft** dieser Branche ist. Jeder Versuchskauf wird den guten Ruf der Firma nur vermehren und den bereits über **ganz Deutschland sich erstreckenden Kundenkreis** erweitern.

Bettfedern à 50, 60 Pfg., 1, 1.20 2 Mark p. Pfund, weiße à 2, 2.50, 3, 3.50, 4 Mk. p. Pfund.
Daunen à 1.60, 2, 2.50, 3 Mark per Pfund.
Daunen, weiße, à 3.50, 4.50, 5.50, 6 7 Mk. p. Pfd.
Betten, **Ober- und Unterbett und 2 Kissen, von 10 Mk. an.**
Alles franko gegen Nachnahme, bei Referenzen auf Credit! 10.8
Nichtpassendes wird anstandslos umgetauscht.

Jac. Baschang
in Freistett a. Rh. (Baden).
Muster und Preislisten frei!

Deutscher Normal-Akten-Heftapparat,

ministeriell zur Anschaffung empfohlen.

Empfehle ctc. **Behörden, Anstalten, Gerichten, Notaren, Rechtsanwälten, Gerichtsvollziehern** etc. etc. meinen **Deutschen Normal-Akten-Heftapparat** auf's Beste.

Hochachtend

Andreas Hoch.

Laden: Kaiserstraße 62. Werkstätte: Akademiestraße 14. 50.15

Tuch-Abtheilung,

Kaiserstrasse 82a, Eingang Lammstrasse.

Grösstes Lager bester Fabrikate in jeder Preislage empfiehlt

Wilh. Wolf jr.

30.24.

Katholischer Männerverein

Constantia.

Mittwoch, den 11. d. M., Abends 8½ Uhr:

Vereinsabend im Vereinslokal.

Der Vorstand.

Heute Mittwoch Schlachttag,

wie seither Wurst und Suppe, auch über die Straße, und ladet ergebenst ein

Ad. Eyssen,

Wirth zum „Elephanten".

Karlsruher Colosseum.

Heute, Dienstag, den 10. Mai 1892:

Mehrseitigen Wünschen entsprechend noch **eine Vorstellung** und zwar zum **Benefiz** des hier so beliebten Kapellmeisters

Herrn Sporzick

bei gewöhnlichen Preisen.

Anfang 8 Uhr. **Die Direktion.**

Für Ausflügler! Die nahegelegene Gebirgswaldpartie Thurnberg-Mittelhof-Hopfenberg-Berghausen (**Gasthaus „zum Laub"**, Gartenwirthschaft), von da per Bahn zurück bestens empfohlen.

Kaiser-Panorama.

99 Kaiserstraße 99.

Täglich geöffnet von 10 Uhr Morgens bis 10 Uhr Abends.
Eintrittspreis 30 Pfg. Kinder 20 Pfg.
Abonnements 5 Reisen Mk. 1.—.
Vom 8. bis mit 14. Mai:

Nubien und Aegypten.

I. Cyclus.

Jeweils Mittwoch von 1 bis 4 Uhr Eintritt für Schüler 10 Pfg.

I. Karlsruher Hut-Bazar,

Josef Goldfarb,

32 Kriegstraße 32, gegenüber dem Hauptbahnhof, neben Hotel National und Bahnhof-Hotel.

Herren-Filzhüte, das Neueste, in allen Farben und Formen, größte Auswahl, jeder Hut **2.50 Mk.** jeder Hut.

Knaben-Hüte 1.50 bis 2 Mk. die feinsten.

Sonnen- und Regenschirme von 2.50 Mk. bis zu den feinsten.

Feste Preise. Reelle Bedienung.

Cigarrenarbeiter-Gesuch.

Tüchtige, gewandte **Roller**, sowie **Wickelmacher** werden in eine auswärtige Fabrik gesucht. Anträg. nebst Zeugnissen erbeten unter **Nr. 95** an die Expedition d. Bl.

Ein tüchtiger **Töpfer** (Ofensetzer) findet sofort dauernde Beschäftigung in einer mittleren Stadt der Rheinprovinz. Offerten unter **Nr. 97** an die Expedition d. Bl.

Stadtgarten.

Bei günstiger Witterung

Mittwoch den 11. Mai 1892,

Nachmittags 3½ Uhr:

Mittwochs-Concert

gegeben von der Kapelle des **Badischen Leib-Grenadier-Regiments.**

Musikdirigent: **Boettge.**

Eintritt: Abonnenten 30 Pfg. Nichtabonnenten 50 Pf.

Reichhaltiges Programm, u. A.: „Von Lully bis Wagner"; Populäre Compositionen berühmter Meister aus dem 17., 18. und 19. Jahrhundert.

Theater in Baden.

Mittwoch, den 11. Mai. 31. Ab. Vorst. **Der Waffenschmied.** Komische Oper in 3 Akten. Musik von Albert Lortzing. Anfang 7 Uhr.

Notirungen der Frankfurter Börse

vom 6 Mai 1892.

		Staatspapiere.	
4	%	Deutsche Reichs-Anl. M.	106 80.70
3½	„	„ „ „	99 90 80
4	„	„ „ „	85 80.
3	„	Preuss. Konsols	106 8 70
3½	„	„ „	1·1 99 9
3	„	„ „	85 80 70
14	„	Bayer. Abl.-Rente fl.	10: 90
4	„	Württ. Rente v. 85 u. 87 M.	105 4.90
4	„	Badische Obligationen fl.	102 —
4	„	„ v. 1886	105 90
4	„	Oest. St.-Sch. Gold Ellisab.	98 40.30
4	„	„ Goldrente fl.	95.—
4⅕	„	„ Silber.	80.60
4⅕	„	„ Papier. „	80 80
4	„	Ungar. Goldrente „	93 90
5	„	„ Papierrente	88.80
4½	„	Portugies. Staatsanl.	40 5
4½	„	„ Tabak-Anl.	75 70.
3	„	„ Ausl. (Kl.)	29 20.9
5	„	Russ. Gold-Anleihe fl.	104.20 10
4	„	Span. ausl. Rente	61,90 40
4	„	Italien. Rente	89 50 80
5	„	Serbien, Goldrente	80 20 10
5	„	Serbien, St. E. Hyp. Obg.	81 30
		Bank-Aktien.	
4½	%	Deutsche Reichsbank	148 —
4	„	Badische Bank	113 70
4	„	Darmstädter Bank	—
5	„	Oest. Kredith. (Ultimo)	276⅞
4	„	Rhein.	118 20 10
4	„	Deutsche Bank	159 60.
4	„	Deutsche Union-Bank	79 10
		Inländisch vollbez. Eisenbahn-Aktien.	
4	%	Heidelberg-Speyer Thlr.	40 80 90
4	„	Hessische Ludwigsb. „	111 60
4	„	Ludwigsh.-Bexbach fl.	251,50,80
4½	„	Pfälzer Maxbahn	140.10
4	„	„ Nordbahn	111,30 20
		Ausländisch vollbez. Eisenbahn-Aktien.	
5	%	Albrecht S. W. 200 fl.	76 78¾
5	„	Oest.-Ung. St. 500 Fr.	246⅜
5	„	Nordwestb. fl.	178⅞
4	„	Lit. B. Elbthal	197⅞ 8⅞
5	„	Schweiz. Centralb. Fr.	128 70 90
4	„	Gotthardbahn „	186 95
		Prioritäten.	
5	%	Albrecht S. W. 200 fl.	—
5	„	„ in Gold 400 M.	118.—
5	„	Oesterr. Südbahn	108 70 60
3	„	„ 1871	81 40.
5	„	„ Ung.-Staatsb. 1873	107,10
3	„	„ Staatsb. 1.—8. Em.	84 90 80
4	„	„ „ 9. Em.	82 10.82
3	„	„ „ Ergänz.	82 —.
3	„	Prag-Dux-Eisenb. i. Gold	1· 7.60 50
		Verzinsliche Anlehens-Loose.	
3½	%	Preuss. 100 Thlr.	168.90
3½	„	Köln-Mindener 100 Thlr.	135 50 40
4	„	Bayerische 100 Thlr.	—
4	„	Badische 100 Thlr.	136 90 80
4	„	Meining. Pfdbr. 100 Thlr.	127 70.
4	„	Oldenburger 40 Thlr.	129 50
3	„	Oest. v. 1854 fl. W. 250 fl.	112.20,10
5	„	„ v. 1860 fl. W. 500 fl.	125,70.
		Unverzinsliche Anlehens-Loose.	
		Braunschweiger 20 Thlr.	104 90,80
		Augsburger 7 fl.	29 80.
		Ansbacher 7 fl.	42 70
		Meininger 7 fl.	27 80.
		Pappenheimer	28 40.
		Freiburger 15 Fr.	32 —.
		Mailänder 45 Fr.	42.—.
		„ 10 Fr.	18,50.
		Wechsel. K. S.	
		Amsterdam 100 fl.	169.20.
		Antwerpen 100 Fr.	81 05 10
		Schweiz 100 Fr.	80.95
		Wien 100 fl. ö. W.	170 30.
		Paris 100 Fr.	81 15,10
		London	20.420.
		Pfandbriefe.	
4	%	Rhein. Hypothekenbank	10: 80,60
3½	„	„ „	95 80
4	„	Bayer. „	102 20.
4	„	Württemb.	102 20.10
		Verfallene Coupons.	
		Oesterr. Papier	170.—
		Amer. U. St. u. R. B.	4.18½

Verantwortlich: Für den redaktionellen Theil: ... Für den Inseratentheil: H. Bröschl. Druck und Verlag der ... „Badenia" ... Karlsruhe ... Adlerstraße 42. — ...